

Willy Krula †

Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945

INHALT

Vorgeschichte der modernen Gewerkschaftsbewegung	4
Beginn im Mittelalter: Die Zünfte	4
Im Frühkapitalismus: Entstehung der Bruderschaften	5
Auf dem Weg in den Hochkapitalismus	6
Industrialisierung und Hochkapitalismus	8
Im Neoabsolutismus: Neuerwachen des Klassenbewusstseins	13
Die Gewerkschaftsbewegung in der österreichisch-ungarischen Monarchie (1867–1918)	17
Der Kampf um einheitliche Organisation und um politische Rechte (1867–1888)	17
Die großen Organisationen der österreichischen Arbeiterbewegung entstehen (1888/89–1893)	24
Die Entwicklung der Richtungsgewerkschaften (1894–1907)	27
Vorkriegszeit und Erster Weltkrieg (1908–1918)	31
Die Gewerkschaften in der Ersten Republik (1918–1934)	37
Wiederaufbau und rechtliche Gestaltung der Republik (1918–1920)	37
Arbeiterbewegung in der Opposition	41
Gewerkschaften in Illegalität und unter Verfolgung (1934–1945)	48
Verbot, Illegalität und Widerstand (1934–1938)	48
Die Herrschaft des NS-Regimes und der antifaschistische Widerstand (1938–1945)	50
Beantwortung der Fragen	53
Fernlehrgang	55

Didaktische Gestaltung und inhaltliche Koordination:
Michael Vlastos/Martin Bolkovac

Stand: September 2002

Nachdruck: November 2002

Wie soll mit diesem Skriptum gearbeitet werden?



Zeichenerklärung

Frage zum Lernstoff im vorigen Abschnitt (vergleichen Sie Ihre eigene Antwort mit der am Ende des Skriptums angegebenen).

Anmerkungen: Die linke und rechte Spalte jeder Seite dient zur Eintragung persönlicher Anmerkungen zum Lernstoff. Diese eigenen Notizen sollen, gemeinsam mit den bereits vorgegebenen, dem Verständnis und der Wiederholung dienen.

Schreibweise: Wenn im folgenden Text die Begriffe „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ verwendet werden, so ist bei Entsprechung auch die weibliche Form inkludiert. Auf eine durchgehende geschlechtsneutrale Schreibweise wird zu Gunsten der Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Arbeitsanleitung

- Lesen Sie zunächst den Text eines Abschnitts aufmerksam durch.
- Wiederholen Sie den Inhalt des jeweiligen Abschnittes mit Hilfe der gedruckten und der eigenen Randbemerkungen.
- Beantworten Sie die am Ende des Abschnitts gestellten Fragen (möglichst ohne nachzusehen).
- Die Antworten auf die jeweiligen Fragen finden Sie am Ende des Skriptums.
- Ist Ihnen die Beantwortung der Fragen noch nicht möglich, ohne im Text nachzusehen, arbeiten Sie den Abschnitt nochmals durch.
- Gehen Sie erst dann zum Studium des nächsten Abschnitts über.
- Überprüfen Sie am Ende des Skriptums, ob Sie die hier angeführten Lernziele erreicht haben.

Lernziele

Nachdem Sie dieses Skriptum durchgearbeitet haben, sollen Sie

- wissen, welche Zusammenhänge zwischen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bestehen;
- die bedeutendsten **Höhe- und Tiefpunkte in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung kennen**;
- die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die staatliche Entwicklung Österreichs kennen;
- über die Auswirkung der geschichtlichen Entwicklung auf die Gegenwart Bescheid wissen;
- **gelernt haben, dass die Interessen der Arbeiter und Angestellten ohne die Bereitschaft, für sie aktiv einzutreten, nicht gewahrt werden können**;
- schließlich die Mission der Arbeiterbewegung hinsichtlich der Verbreitung der Solidarität erfassen.

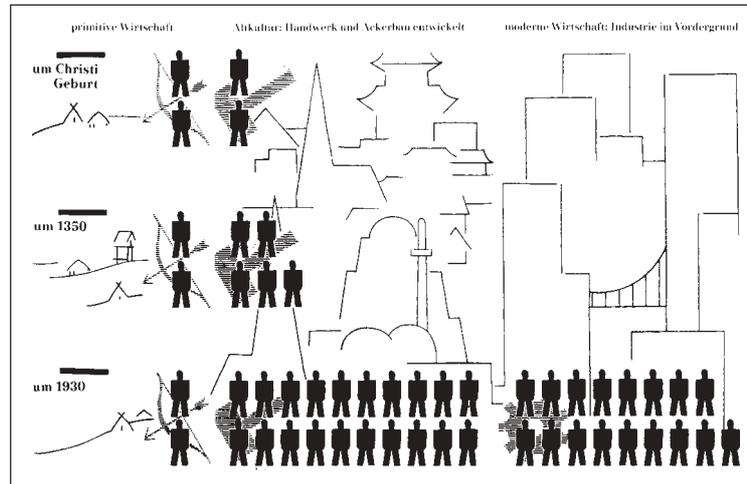
Viel Erfolg beim Lernen!

Seit April 1945 gibt es in Österreich den überparteilichen Gewerkschaftsbund. Das bedeutet gegenüber der Zeit vor 1934 einen Fortschritt; die damaligen Richtungsgewerkschaften standen oft gegeneinander und lähmten damit die gewerkschaftliche Schlagkraft.

Die Reihe „Gewerkschaftskunde“ hat den Österreichischen Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaften zum Thema. Neben der geschichtlichen Entwicklung, die schließlich zur Gründung des ÖGB führte, und der Geschichte des ÖGB werden auch der Aufbau und die Struktur in dieser Skriptenreihe besprochen. Alle Arbeitnehmer, vor allem aber Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, sollten über den ÖGB und die Gewerkschaften informiert sein und Bedeutung, Probleme und Tätigkeiten dieser Organisationen kennen.

Vorgeschichte der modernen Gewerkschaftsbewegung in Österreich

Menschenzahl und Wirtschaftsformen der Erde



Jede Figur = 50 Millionen Menschen abgerundet

Aus dieser Bildstatistik geht deutlich hervor, welche grundlegende Wandlung in der Entwicklung der Menschheit während des Zeitraums, den dieses Skriptum behandelt, geschehen ist. Überlegen Sie, warum es heute noch sinnvoll ist, über all das Bescheid zu wissen, warum es für einen viel beschäftigten Betriebsrat oder Gewerkschaftsfunktionär etwas bringen kann, sich mit der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zu beschäftigen. **Schreiben Sie Ihre Überlegungen nieder.**

Beginn im Mittelalter: Die Zünfte

Zünfte im städtischen Handwerk

Die selbstständigen städtischen Handwerker des Mittelalters organisierten sich etwa ab der Jahrtausendwende in Zünften. Die Gesellen bildeten innerhalb dieser Zünfte selbstständige Abteilungen.

Ländliches Handwerk

Das **ländliche Handwerk**, eng verbunden mit dem abhängigen Bauerntum, kannte **so gut wie keine zünftische Organisation**. Aber im Kampf gegen die zünftisch beherrschten Städte und die frühen „*Kapitalisten*“ (*dazu siehe unten*) entstanden auch auf dem Land in manchen Gegenden Europas **Organisationen**, in denen Meister und Gesellen eine gemeinsame Front bildeten; sie waren ja beide gleichermaßen bedrängt und abhängig. Diese Vereinigungen setzten schon den **organisierten Streik** als Kampfmittel ein.

Der organisierte Streik als Kampfmittel wird „erfunden“

Anfangs solidarische Zunftordnung

Die Zunftordnungen des städtischen Handwerks waren anfangs ebenfalls solidarisch. Daher gab es auch **keine besonderen Reibereien zwischen Meistern und Gesellen**. Jeder **Geselle** hatte zudem die **Möglichkeit**, in angemessener Zeit **Meister** zu werden.

Im Frühkapitalismus: Entstehung der Bruderschaften

Nach der Übernahme der wirtschaftlichen und politischen Macht in den Städten durch die Zünfte (im 13. und 14. Jahrhundert) lag es **nicht mehr im Interesse der Meister, mit den Gesellen solidarisch** zu sein: Bereits im 14. Jahrhundert wurden die Zünfte zu reinen Arbeitgeberorganisationen. Die **Gesellen** wehrten sich – es kam immer wieder zu **Auseinandersetzungen**.

Fast gleichzeitig mit der „Machtergreifung“ dieser sich verändernden Zünfte setzte aber auch schon der **Frühkapitalismus** ein; innerhalb der Wirtschaft entstand der Kampf zwischen Profit und Solidarität. Das demoralisierte die Zünfte weiter: Die Meister wälzten die Lasten des harten Konkurrenzkampfs untereinander und des „Abwehrkampfes“ gegen den aufkommenden Kapitalismus auf die Gesellen ab. **Der Klassenkampf verschärfte sich**.



Bauarbeiter in der Mitte des 13. Jahrhunderts. Die Bauzünfte gehörten zu den einflussreichsten Zünften. Andererseits setzte im Baugewerbe der Kapitalismus früher als in den meisten anderen Wirtschaftszweigen ein. (Nur der Bergbau wurde im Gebiet des heutigen Österreich noch eher „kapitalistisch“.) Daher waren die Konflikte zwischen Selbstständigen und Unselbstständigen in diesen Gewerben besonders hart.

Nach ständigen Konflikten innerhalb der Zünfte ertrotzten sich die Gesellen im 14. und 15. Jahrhundert eigene Gesellenverbindungen. Im Bergwerkswesen hießen sie Knappschaften, sonst aber meist Bruderschaften.

Die Bruderschaften konzentrierten ihre damalige „**Gewerkschaftsarbeit**“ auf die **Gesellenherbergen**, die in der Zeit der Wanderschaft (Walz) große Bedeutung hatten. Hier wurden die Bedingungen ausgehandelt, unter denen die Gesellen zu arbeiten bereit waren, hier wurde die Höhe des Streikalters beschlossen, aber auch ein eventueller **Streik**. Man nannte dieses gewerkschaftliche Kampfmittel **damals „von der Arbeit aufstehen“**.

Anmerkungen

Die Zünfte werden zu Arbeitgeberorganisationen

Konkurrenzkampf zu Lasten der Gesellen
Klassenkampf

Bruderschaften als eigene Gesellenverbindung

Gesellenherbergen – Zentren der Bruderschaften

Streik als Kampfmittel gegen die Meister

Anmerkungen

Der Handwerksgehilfe
wird zum
Lohnhandwerker

Die Wirtschaftsentwicklung und die Politik der Zünfte machte den Handwerksgehilfen in der Zeit der Gründung der Bruderschaften immer häufiger zum lebenslänglichen Lohnhandwerker: Immer weniger Gesellen konnten Meister werden, es entstand eine eigene Klasse abhängiger gewerblicher Facharbeiter.

Solidarität
nur innerhalb der
Bruderschaften

Gesellen gelten als
„Knechte“

Die „Schließung der Zünfte“, wie die Beschränkung der Meisterstellen genannt wurde, verschärfte den Kampf zwischen Selbstständigen und Unselbstständigen. Aber es kam nur vereinzelt zu Aktionen mehrerer Bruderschaften und schon gar nicht zu solidarischem Handeln von zünftischen Gesellen und anderen Lohnabhängigen. Denn die **Bruderschaften** waren noch immer in zünftischem Denken befangen; der Geselle **hielt sich gegenüber** dem Dienstboten oder *Manufakturarbeiter (siehe nächstes Kapitel)* für „etwas Besseres“, selbst als er längst wie diese als Knecht bezeichnet wurde.

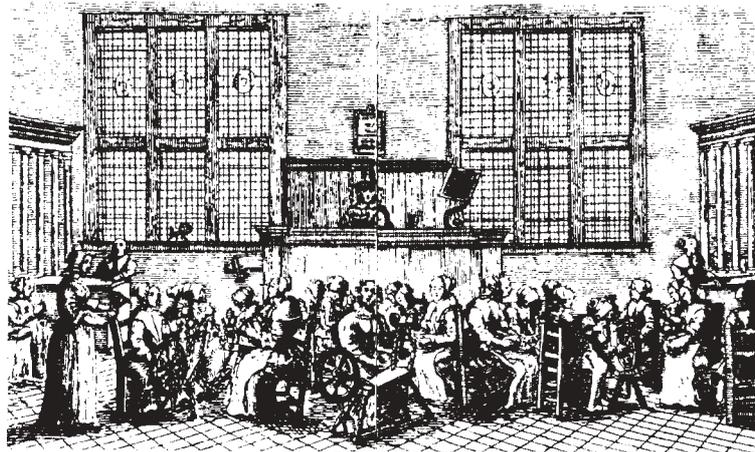
Bis zur Erkenntnis, dass die Solidarität aller Lohnabhängigen notwendig ist, um eine gerechtere Wirtschaftsordnung in einer gerechteren Gesellschaft zu erreichen, sollte es noch ein langer Weg sein.

Auf dem Weg in den Hochkapitalismus: Schwere Gewerkschaftskämpfe und Koalitionsverbot

Manufakturperiode

Die Übergangszeit vom Frühkapitalismus zum Hochkapitalismus kann auch als „Manufakturperiode“ bezeichnet werden.

Die Manufakturen waren kapitalistische Unternehmen mit arbeitsteiliger Großproduktion, die manchmal Tausende von Arbeitskräften beschäftigten. Ihre Errichtung wurde von den absoluten Monarchien gefördert, sie konnten frei von Zunftzwang produzieren und ihre Produktion verkaufen.



Arbeiter in einer Textilmanufaktur

Rechtlose
Manufakturarbeiter –
keine Organisation

Die Arbeiter der Manufakturen – arbeitslose Gesellen, ehemalige „Pflücker“ und städtische und ländliche Arme ohne Ausbildung, darunter viele Frauen und Kinder – waren völlig rechtlos; sie durften nicht einmal den ohnehin nur noch formal bestehenden Bruderschaften beitreten. Von einigen Versuchen, von Arbeitern selbst verwaltete Hilfskassen zu errichten, abgesehen, gab es auch keinen Ansatz zu einer eigenständigen Organisation.

Die **Meister** führten einen letzten Endes aussichtslosen **Kampf gegen das Vordringen der kapitalistischen Wirtschaft**, der absolute Staat drängte den Einfluss der Zünfte immer mehr zurück. In dieser Situation verschärfen sich die Kämpfe zwischen Lohnhandwerkern und Meistern. Einzelne dauerten oft jahrelang, zum Beispiel der Kampf der **Wiener Schuhknechte**, der blutig niedergeschlagen wurde (1722).

Die Obrigkeit stand auf der Seite der Unternehmer: Wenn sie den **Zünften** auch viele Privilegien und ihre Selbstständigkeit nahm, so ließ sie ihnen doch ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen **Einfluss im lokalen Bereich**, der **bis in das industrielle Zeitalter** hinein bestehen blieb. Später verfielen die Zünfte von selbst.

Die **Bruderschaften** hingegen wurden in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich durch die **Handwerkspatente von 1731/32** völlig **entrechtet** und durch ein **Koalitionsverbot** praktisch aufgelöst. In einigen anderen heutigen Bundesländern blieben sie zwar noch formal bestehen, konnten die Interessen ihrer Mitglieder aber kaum noch wirksam vertreten.

Eine **Ausnahme** bildeten die **Bruderschaften der Buchdrucker**. Diese unterstanden bis 1765 den Universitätsbehörden. Sie fühlten sich mit den übrigen Arbeitern noch nicht solidarisch. Erst im nächsten Jahrhundert, als sich ihr Klassenbewusstsein ausgebildet hatte, fanden sie den Weg zur übrigen Arbeiterschaft. Da man ihnen gelegentlich Unterstützungsvereine bewilligte, während die übrigen Arbeiter unorganisiert bleiben mussten, bildeten diese **Organisationen** in den Wirtschaftszentren des Habsburgerreichs eine **Brücke von den Bruderschaften zur modernen Gewerkschaftsbewegung**, die als Fabrikarbeiterbewegung begann. Viele Buchdrucker wurden dann führende Funktionäre in der ab etwa 1870 einsetzenden *allgemeinen Gewerkschaftsbewegung* (dazu siehe unten).

Das Koalitionsverbot bedeutete die praktische Auflösung der Bruderschaften. Damit waren die Lohnhandwerker in den Wirtschaftszentren des Habsburgerreichs unorganisiert. Da auch die übrigen Unselbstständigen ohne jede Organisation waren, gab es keine Möglichkeit, der Ausbeutung durch den vordringenden Kapitalismus zu begegnen.



Das ist keine Szene aus einem modernen Westernfilm, auch kein Foto von einem Faschingsfest. Das Bild zeigt vielmehr einen „Wandergesellen“ auf der Walz und Jugendliche in Deutschland.

Es haben sich nämlich in Deutschland einige Bruderschaften in das Computerzeitalter „hinübergerettet“. Denen treten jetzt öfters wieder junge ausgebildete Facharbeiter bei, die nach alter zünftischer Tradition auf Wanderschaft gehen wollen. Das ist ihre Art, aus der vielfach inhumanen, hochorga-

Anmerkungen

Verstärkte Kämpfe

Kampf der Wiener Schuhknechte

Zünfte verlieren Selbstständigkeit

Auflösung der Bruderschaften

Ausnahme Buchdrucker

Unterstützungsvereine bewilligt

Anmerkungen

nisierten Arbeitswelt „auszusteigen“ – oder damit fertig zu werden, dass sie keinen Job bekommen.

Aber kann man Inhumanität der Arbeitswelt, kann man Arbeitslosigkeit bekämpfen, indem man „Mittelalter spielt“?

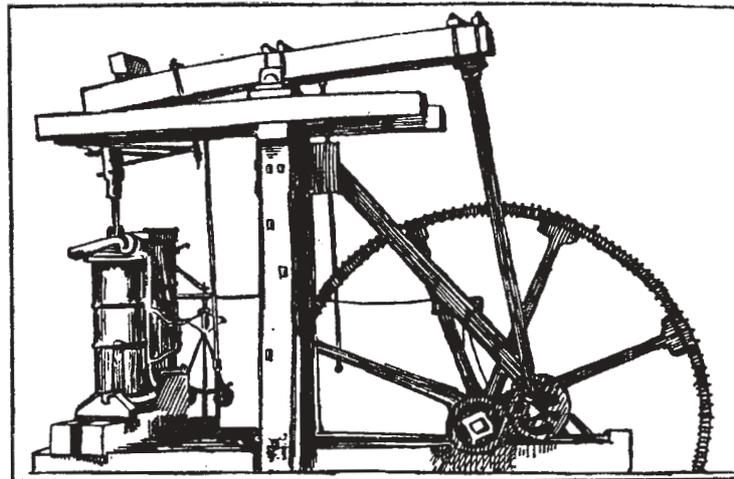
Stellen Sie sich vor, „auf die Walz gehen“ (das bedeutet vier Wochen wandern und sechs Wochen bei jeweils einem anderen Meister arbeiten) würde Mode unter jungen Leuten. Überlegen Sie sich, welche Folgen das für den Arbeitsmarkt, für die Tätigkeit der Gewerkschaften und des Betriebsrats haben könnte. Denken Sie auch darüber nach, warum die Gewerkschaften überhaupt viele „flexible Arbeitszeitformen“ problematisch finden. Diskutieren Sie auch mit Ihren Kollegen über diese Frage.

Industrialisierung und Hochkapitalismus

Die Wandlung vom Lohnhandwerker zum Proletarier

Industrialisierung in England und Westeuropa

In England und Westeuropa hatte Ende des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung und damit die „moderne“ Form des Kapitalismus schon fest Fuß gefasst. Von England aus trat die Dampfmaschine ihren Siegeszug an.



Der entscheidende Schritt: die Dampfmaschine

Zunächst wurden die Maschinen in den Fabriken von Wasserkraft angetrieben. Erst die 1764 von James Watt hergestellte Dampfmaschine machte die Fabriken von der Wasserkraft unabhängig. Sie konnten nun überall im Land verwendet werden und die Produktionsleistung der neuen Spinn- und Webmaschinen voll nutzen.

In der Habsburgermonarchie Industrialisierung später

Von 1820 an hielt die Dampfmaschine auch in einigen Wirtschaftszentren der Habsburgermonarchie ihren Einzug. Das industrielle Zeitalter begann nun auch in Österreich.

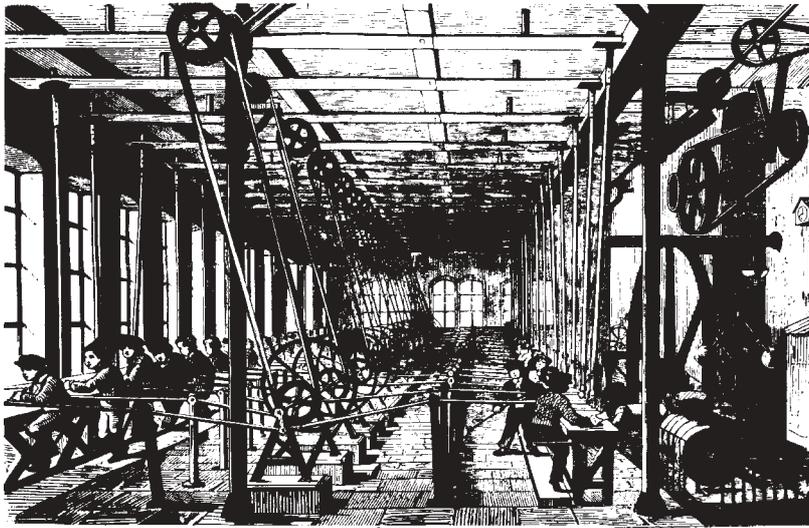
Unbegrenzte Ausbeutung der Arbeiter

Für die nicht organisierten Arbeiter bedeutete die **Maschine zunächst** nicht Segen, sondern **Fluch**. Der Besitzer der Dampfmaschine konnte die Arbeitsbedingungen diktieren. Der Arbeiter war schutzlos der **Ausbeutung und Willkür des Kapitalisten** ausgeliefert. Die Maschine ersetzte viele Arbeitskräfte und konkurrierte viele kleine selbstständige Existenzen nieder. Die **Arbeitslosen** standen, um Arbeit bittend, vor den Fabriken, und die Not und das Koalitionsverbot zerstörten die Reste der organisatorischen Bindungen. Diese „**industrielle Reservearmee**“ drückte auf die Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Die Folge waren eine Senkung der Löhne und eine Verlängerung der Arbeitszeit. Bis **16 Stunden täglich** wurde in den ersten Fabriken gearbeitet. Die Löhne hatten einen derartigen Tiefstand erreicht,

Löhne unter dem Existenzminimum

dass dem Fabrikarbeiter oder Tagelöhner nichts anderes übrig blieb, als neben seiner **Frau** auch seine **Kinder in der Fabrik arbeiten** zu lassen. Diese **Kinder konnten** die zweiklassige **Volksschule**, die in Österreich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eingeführt wurde, **nicht besuchen**.

Frauen- und Kinderarbeit



Kinderarbeit in einer Fabrik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Erst 1842 wurde in der Habsburgermonarchie Fabrikarbeit von Kindern unter 12 Jahren formal verboten und die Arbeitszeit für Jugendliche unter 16 Jahren auf 12 Stunden täglich beschränkt. Das änderte aber nichts am Leben der Arbeiterkinder, die nun außerhalb der Fabriken Geld verdienen mussten, damit sie und ihre Familien überleben konnten, wie der frierende „Brezelbub“ auf dem Wiener Glacis. Und wenn ein Kind keine Arbeit fand, dann musste es auf die kleinen Geschwister aufpassen, während die Eltern in der Fabrik waren – wie noch heute manche Gastarbeiterkinder. An Schulbesuch dachte da niemand.



Der sich wandelnde Lohnhandwerker wurde Proletarier und blieb Analphabet; ausgebeutet in der Fabrik und rechtlos im Staat.

Proletarier: Im antiken Rom Angehörige der untersten noch freien sozialen Schicht, die vermögenslos war und von Handarbeit lebte. Der Begriff wurde von dem Philosophen **FRIEDRICH HEGEL**, vor allem aber von **KARL MARX** dann zur Bezeichnung der industriellen Lohnarbeiterschaft im kapitalistischen System verwendet.

Proletarier: industrieller Lohnarbeiter im kapitalistischen System

Anmerkungen

Als die Proletarier sich dessen bewusst wurden, dass sie alle in der gleichen Lage waren (unabhängig von ihrer unterschiedlichen Herkunft und Ausbildung, unabhängig davon, ob der eine ein bisschen mehr, der andere ein bisschen weniger verdient, ob der eine arbeitslos ist, der andere nicht), wurden sie zum Proletariat.

Proletariat: Klasse der sich ihrer gemeinsamen Lage bewussten industriellen Lohnarbeiterschaft

Proletariat: Klasse, die über keinerlei Anteil an Produktionsmitteln verfügt und nur die eigene Arbeitskraft (einschließlich der Arbeitserfahrung) und Arbeitszeit anzubieten hat; deren Lage unabhängig von nationalen sozialen Besonderheiten die gleiche ist; die von der Klasse der Kapitalisten ausgebeutet wird, das heißt (auch bei gutem Lohn) nicht den vollen Gegenwert für ihre wirtschaftliche Leistung erhält. (Die Differenz, der Mehrwert, fällt dem Eigentümer der Produktionsmittel, dem Kapitalisten, zu.)

Prolet: Schimpfwort

Prolet: von „Proletarier“ abgeleitetes Schimpfwort: stumpfer, roher, ungebildeter Mensch.

Die Arbeiterschaft in den Zentren des österreichischen Kapitalismus im Vormärz

Die **Habsburgermonarchie** war zu **Beginn des 19. Jahrhunderts** noch vorwiegend **Agrarland**. In einigen **Zentren** jedoch (zum Beispiel in den Vororten von Wien, in Wiener Neustadt, Steyr, Linz, Graz) nahm die Wirtschaft die gleiche Entwicklung **wie in den westlichen Ländern**.

Maschinenstürmer

Knapp vor der Märzrevolution 1848 und während dieser gab es auch in **Österreich die „Maschinenstürmer“**, die in England ein Menschenalter früher agiert hatten. Unter den tristen Bedingungen – es gab so gut wie keine sozialen Gesetze – sah der österreichische Proletarier in der Maschine seinen Feind. Der Zuzug vom Lande verschärfte die Ausbeutung und das Wohnungselend.

Wohnungselend



Dieses Bild eines romantischen Malers heißt „Delogierung“. Zwangsausweisungen aus einer Wohnung gab es im Vormärz am laufenden Band, weil vor allem die Arbeiter bei den extrem hohen Lebensmittelpreisen die ebenfalls unverhältnismäßig hohen Mieten nicht zahlen konnten. Obwohl sogar die Polizei vor den Folgen der allgemeinen Not warnte, tat der Absolutismus unter Metternich nichts, um das Los der Arbeiter zu verbessern.

Fabrikassen/
Unterstützungsvereine

Um 1840 bildeten sich in Österreich Fabrikassen, doch diese Entwicklung wurde 1845 vom Absolutismus gestoppt. Neben diesen Fabrikassen und einigen **Unterstützungsvereinen** der Buchdrucker war nichts, was an eine moderne Arbeiterbewegung oder Gewerkschaftsbewegung gemahnte. Zu dieser Zeit waren im Westen Europas die ersten Gewerkschaftsvereine und Arbeitervereine entstanden. Bei uns rührte sich nichts.

In Westeuropa
die ersten Gewerk-
schaftsvereine

Die Revolution 1848 und die ersten Gehversuche der Arbeiterbewegung

Auch das **besitzende Bürgertum** war im Absolutismus **politisch rechtlos**, doch **wirtschaftlich** konnte es sich **entwickeln**. Zur vollen Entfaltung brauchte es allerdings die politische Demokratie. „**Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit**“ hießen daher die **Parolen** des Bürgertums **1848**. Es waren jene Parolen, mit denen schon ein halbes Jahrhundert vorher das Bürgertum in der **Französischen Revolution** dem Absolutismus den Kampf angesagt hatte. Die Forderung nach politischer Demokratie, das bedeutete die Forderung nach einer „**Verfassung für das ganze Volk**“. Diese Parolen der bürgerlichen Revolution sprachen auch die Arbeiter an.

Noch glaubten die Arbeiter, an der Seite des Bürgertums mitkämpfen zu müssen, was auch zu Beginn der Revolution 1848 in Österreich geschah. Erst später erkannten sie, dass die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.

Die „Marseillaise“ (noch heute französische Staatshymne) war das Kampflied der Französischen Revolution, die zunächst, wie später die Revolution 1848, von den Arbeitern mitgetragen wurde. Als sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in Zentraleuropa eine eigenständige Arbeiterbewegung zu entwickeln begann, schrieben einige Arbeiterdichter neue Texte zur Melodie der „Marseillaise“. Sie wollten damit ausdrücken, dass der Kampf der Arbeiterbewegung – wie einst die bürgerliche Revolution – nicht nur ein Kampf gegen die Ungerechtigkeiten der bestehenden Gesellschaftsordnung war, sondern ein Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung: so wie die Französische Revolution den feudalen Absolutismus hinwegfegte, sollte die Arbeiterbewegung die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung überwinden.

Die folgende Version der **Arbeitermarseillaise** wurde für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1864 geschrieben.

Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
zu unsrer Fahne steh' zuhauf!
Wenn auch die Lüg' uns noch umnachtet,
bald steigt der Morgen hell herauf!
Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen,
zahllos ist unsrer Feinde Schar!
Doch ob wie Flammen die Gefahr
mög' über uns zusammenschlagen,
von uns wird einst die Nachwelt zeugen,
schon blickt auf uns die Gegenwart.
Frisch auf, beginnen wir den Reigen,
ist auch der Boden rau und hart.
Schließt die Phalanx in dichten Reihen!
Je höher uns umrauscht die Flut,
je mehr mit der Begeist' rung Glut
dem heil'gen Kampfe uns zu weihen.
Auf, denn, Gesinnungskameraden,
beträftigt heut aufs neu den Bund,
dass nicht die grünen Hoffnungssaaten
gehn vor dem Erntefest zugrund.
Ist auch der Säemann* gefallen,
in guten Boden fiel die Saat,
uns aber bleibt die kühne Tat,
heil'ges Vermächtnis sei sie allen.
Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all!
Marsch, marsch, marsch, marsch,
und sei's zum Tod, denn unsre Fahn' ist rot!

* Gemeint ist Ferdinand Lassalle

Anmerkungen

1848: Österreichs
bürgerliche Revolution

Arbeiter kämpfen
gemeinsam mit
Bürgern

Bürgerinteressen
gegen
Arbeiterinteressen

Als sich am **13. März 1848** das **Bürgertum** in Wien erhob, erhoben sich **auch die Proletarier** in den Vororten. Sie stürmten die Fabriken, zerstörten die Maschinen und zündeten Gebäude an. Das morsche System des Absolutismus konnte dem Zweifrontenkrieg zunächst nicht standhalten. Die Revolution schien zu siegen.

Als das erfolgreiche **Bürgertum** die bescheidenen Bitten nach Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit ablehnte und sich mit einem **Wahlrecht** begnügte, das die **Arbeiter vom Wählen ausschloss**, stiegen diese im Mai 1848 nochmals auf die Barrikaden und **ertrotzten** sich das **Mitwählen** zum Reichstag: ein einmaliges Wahlrecht, das wieder verloren ging. Noch war die Arbeiterschaft nicht stark genug.



Erster 'Schick' führt wieder glück - ist immer auch haben -
Zweiter 'S' Bewegung nach hin - werden wir hat eine Petition um eine lächerlichen Verwegung in

Diese Karikatur aus dem Jahr 1848 zeigt die Haltung des Bürgertums gegenüber der Arbeiterschaft; der Versuch der Arbeiter, sich zu organisieren, wurde lächerlich gemacht. Heute gibt es in Österreich eine starke Gewerkschaftsbewegung. Deshalb wird anders argumentiert: Oft genug bekommt man noch zu hören: „Es ist doch gar nicht notwendig, dass ein Arbeitnehmer in unserem Sozialstaat Gewerkschaftsmitglied wird. Der ÖGB ist ohnehin schon mächtig genug, und noch mehr Gewerkschaftsbeiträge braucht er auch nicht, er schwimmt ohnehin in Geld.“

Friedrich Sander

Einer der wenigen, die nicht nur gefühlsmäßig, sondern bereits **bewusst** die **Notwendigkeit von Arbeiterorganisationen** erkannten, war **FRIEDRICH SANDER**.

Friedrich Sander gründete 1848 den ersten Wiener allgemeinen Arbeiterverein, der sich zur Keimzelle der österreichischen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaftsbewegung entwickelte.

Gründung des ersten
Wiener allgemeinen
Arbeitervereins

Der Verein wurde, nachdem die ersten Versammlungen im „Fürstenhof“ stattgefunden hatten, am 15. Juli 1848 im Josefstädter Theatergebäude eröffnet. Für Herbst 1848 war ein Ausschuss von Arbeitern aus allen Gewerben geplant, doch konnte er nicht zusammentreten.

Für die vielen **Arbeitslosen** erreichte Friedrich Sander **Notstandsarbeiten**. Als im August 1848 die **Löhne gekürzt** wurden, organisierte er **Protestdemonstrationen**, die allerdings blutig niedergeschlagen wurden.

Protestdemonstration
blutig niedergeschlagen

Karl Marx kam auf Betreiben Friedrich Sanders Ende August 1848 **nach Wien**. Er hielt hier vor dem **Allgemeinen Wiener Arbeiterverein** einen **Vortrag** über das Thema „**Lohnarbeit und Kapital**“, in dem er betonte, dass die Interessen der Arbeiter und der Kapitalisten auf die Dauer nicht auf der gleichen Linie liegen könnten, dass das Proletariat seinen eigenen Kampf kämpfen müsse. Aber die Wiener Arbeiter waren noch nicht wirklich „aufgewacht“, sie verstanden zum Großteil noch nicht, was dieser Zeitungsschreiber aus dem Rheinland ihnen zu sagen hatte. Sie konnten mit dem Inhalt des „**Kommunistischen Manifests**“, das Marx Anfang 1848 veröffentlicht hatte, noch nichts anfangen.

Karl Marx in Wien

Das von Marx und Friedrich Engels ausgearbeitete „**Kommunistische Manifest**“ war die erste umfassende radikale Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und zugleich politischer Aufruf an das Proletariat zur internationalen Revolution gegen die Ausbeutung: „**Proletarier aller Länder, vereinigt euch!**“

Kommunistisches
Manifest 1848

Noch Anfang März 1848 standen Arbeiter und Bürger gemeinsam auf den Barrikaden und konnten der Revolution zum Siege verhelfen. Doch **Ende Oktober 1848** waren es **nur noch einige** Linksbürgerliche und einige Studenten, **die mit den Arbeitern gemeinsam die Revolution verteidigten**. Sie unterlagen.

Letzter Kampf und
Niederlage

Mit der Niederringung der Revolution fanden vorerst auch die ersten Gehversuche der Arbeiterbewegung ein Ende und damit die Aussicht auf eine starke Gewerkschaftsbewegung.

Der Allgemeine Arbeiterverein wurde aufgelöst und auch der im Juli 1848 zusammengetretene **Reichstag** im März 1849 **ausgeschaltet**. Unterirdisch, in den Wirtsstuben und in den Fabriken, gärte es aber weiter.

Im Neoabsolutismus: Neuerwachen des Klassenbewusstseins

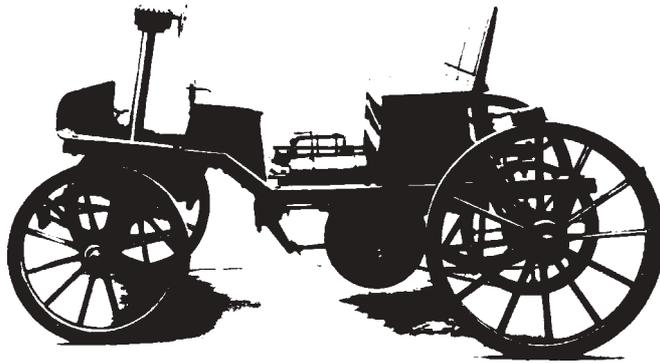
Verzweiflungsstreiks und Attentate

Der Neoabsolutismus nach 1849 erlaubte keine **Arbeitervereine** und **Gewerkschaften**. Das **Koalitionsverbot** wurde durch strenge Polizeistrafen gesichert. Das besitzende Bürgertum setzte die Industrialisierung fort, die Not der Fabrikarbeiter wurde immer größer.

Auflösung des
Allgemeinen
Arbeitervereins



Arbeitslose vor dem Wiener Magistrat nach 1850.



Das „Marcus“-Auto im Wiener Technischen Museum. Der Mechaniker Marcus baute 1864 in Wien die erste Kalesche mit Benzinmotor, die „Großmutter“ unseres Autos. Wenn damals jemand einem der Arbeitslosen auf dem Bild prophezeit hätte, dass sich 130 Jahre später auch die meisten Arbeiter so ein Wunderding würden leisten können, hätte der den Erzähler wohl für geistesgestört gehalten.

Organisationslose Zeit

Verzweigungsstreiks und Attentate markierten den Weg dieser organisationslosen Zeit. **Nur hier und da** wurden **Unterstützungsvereine von Buchdruckern, kleine Konsumvereine** und von 1852 an **katholische Gesellenvereine** bewilligt. Doch die ausgebeuteten Arbeiter brauchten Kampforganisationen und Gewerkschaften.

Staatshilfe oder Selbsthilfe war die Frage

Die politische Position des Besitzbürgertums wird stärker

Die **Gewerbeordnung vom Jahr 1859** und das 1860 beginnende **Verfassungsleben** („Parlament“ mit Besitzwahlrecht) zeigten, dass das **besitzende Bürgertum** sich anschickte, die mit der Niederringung der bürgerlichen Revolution 1848 verlorene politische Position wieder zu erobern. Es wusste, wie gefährlich das Elend der Arbeiter war, und begann sich deshalb mit der **„Arbeiterfrage“** zu beschäftigen.

„Selbsthilfe“

Einige bürgerliche Idealisten begannen ihre **„Selbsthilfe-Idee“** zu entwickeln. **„Gründet Produktivgenossenschaften und Konsumvereine!“** rieten sie den Arbeitern. In Deutschland war **Schulze-Delitzsch** einer dieser Männer.



Ferdinand Lassalle

Die „Selbsthilfe-Idee“ fand auch unter den Arbeitern im Habsburgerreich Anhänger. Doch wie sollten sich die Fabrikarbeiter und die vielen Arbeitslosen aus ihrer Not befreien und die Mittel aufbringen, um konkurrenzfähige Produktivgenossenschaften und wirkungsvolle Konsumvereine zu gründen? Der Staat hatte die Ausbeutung zugelassen, nur der Staat konnte helfen.

„Staatshilfe“

In Deutschland war **Ferdinand Lassalle** aufgestanden und hatte in seinem Allgemeinen Arbeiterverein die **„Staatshilfe“** propagiert. Der Kern dieser Idee war: Organisierung der Arbeiterschaft, Kampf um das allgemeine Wahlrecht, soziale Gesetzgebung.

in Österreichs Arbeiterschaft zünden Lassalles Ideen

Die Idee Lassalles zündete auch **innerhalb** der bereits bewusst denkenden **österreichischen Arbeiterschaft**. Ehe noch Arbeiterbildungsvereine entstanden, war die Mehrheit der für die Organisierung reifen Arbeiter von der „Staatshilfe“ fasziniert.

In erster Linie von den Gedanken Lassalles ausgehend, hat sich das sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Ideengut entwickelt. Die Ideen von Karl Marx wurden erst später für die österreichische Arbeiterbewegung von Bedeutung.



Anmerkungen

1864, in dem Jahr, in dem Lassalle starb, gründete Karl Marx in London die „**Internationale Arbeiterassoziation**“, deren Mitgliedskarte hier abgebildet ist. (Marx hatte im Übrigen zur „Staatshilfe“ eine andere Meinung als Lassalle. Er glaubte nicht, dass es möglich wäre, die bestehenden Staatsapparate im Sinne der Ziele der Arbeiterbewegung zu ändern.) Die „**Erste Internationale**“ war allerdings nur kurzlebig; sie wurde 1876 aufgelöst. Die **1889 gegründete Zweite Internationale** vereinigte die inzwischen entstandenen bedeutenden Arbeiterparteien Europas. Sie löste sich während des Ersten Weltkriegs auf, wurde aber 1923 als Internationale der demokratischen Sozialisten wiedergegründet und besteht als solche bis heute (= **Sozialistische Internationale/SI**). Die Kommunisten gründeten nach der russischen Revolution eine eigene, die **Dritte Internationale (= kommunistische Internationale/Komintern)**, die bis 1943 existierte. Ähnlich vollzog sich die Entwicklung der internationalen Organisation der **Freien Gewerkschaften**; auch hier kam es zur **Trennung zwischen demokratischen Sozialisten (Internationaler Gewerkschaftsbund) und Kommunisten (Rote Gewerkschaftsinternationale)**. Heute sind die Freien Gewerkschaften im „**Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (= IBFG)**“ zusammengefasst, die kommunistischen Gewerkschaften zumeist im **Weltgewerkschaftsbund (= WGB)**. Sowohl die politische als auch die gewerkschaftliche **Arbeiterbewegung Österreichs** haben in den internationalen Organisationen immer **eine bedeutende Rolle** gespielt. Der ÖGB ist auch heute aktives Mitglied des IBFG beziehungsweise des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB).

Die internationale Organisation der Arbeiterbewegung

ÖGB: Mitglied von IBFG und EGB

Der lesende und schreibende Arbeiter wurde notwendig

Die Arbeiter verlangten Arbeiterbildungsvereine, weil sie sich zu gleichberechtigten Menschen entwickeln wollten, und auch, weil solche Vereine in einer Zeit politischer Unterdrückung eine Organisationsbasis bilden konnten.

Forderung nach Arbeiterbildungsvereinen

Der technische Fortschritt und die Industrialisierung Österreichs machten den **lesenden und schreibenden Arbeiter** aber auch für die Unternehmer **notwendig**: Das Manometer nützte dem Fabrikanten wenig, wenn es der Arbeiter nicht ablesen konnte! **Trotzdem verwehrten das Besitzbürgertum** und seine politischen Vertreter zunächst **aus Furcht** vor der Organisation der Arbeiter die **Gründung von Arbeiterbildungsvereinen**. Auf die Dauer ließ sich das Verbot von Arbeitervereinen und Gewerkschaften jedoch nicht aufrechterhalten.

Anmerkungen

Bürgerlicher
Liberalismus
gewinnt Einfluss

Das Vereinsrecht des Jahres 1867: Die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen wird möglich

Schon vor dem Jahr 1867 verlangten die Arbeiter in Bittschriften Arbeiterbildungsvereine. Einige Umstände mussten zusammenkommen, bis diese Forderung erreicht werden konnte. **1867** war es so weit. Die **verlorenen Kriege gegen Italien und Preußen, der Ausgleich mit Ungarn** schufen eine Situation, in der auch in Österreich mit dem Staatsgrundgesetz **Ansätze zur bürgerlichen Demokratie** kommen mussten. Das Besitzbürgertum mit seiner Idee des Liberalismus errang einen wesentlichen Anteil an der Macht in Österreich. Die Arbeiterschaft drängte vor. Sie erreichte auf Grund des **Vereinsrechts** wenigstens die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen.



1. Was war die Ursache für die Entstehung der Gesellenbruderschaften, und wann sind sie in Österreich zum ersten Mal nachgewiesen?



2. Welche Maßnahmen führten die absoluten Staaten der „Manufakturperiode“ gegen die Bruderschaften durch, um die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu fördern?



3. Erklären Sie die Begriffe „Lohnhandwerker“ und „Proletarier“.



4. Was waren die Gründe für die Revolution von 1848?



5. Was meinte Ferdinand Lassalle damit, als er die „Staatshilfe“ forderte?

Die Gewerkschaftsbewegung in der österreichisch-ungari- schen Monarchie (1867–1918)

Der Kampf um einheitliche Organisation und um politische Rechte (1867–1888)

Die Niederhaltung der Arbeiterbildungsvereine

Am 12. Dezember 1867 fand in Wien eine Arbeiterversammlung statt, die den Beschluss fasste, einen Arbeiterbildungsverein zu gründen. Es wurde **der Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein** in Wien-Mariahilf gebildet. Bald folgten ähnliche Gründungen in allen Industrieorten und Städten.

Das Vereinsrecht des Jahres 1867 hatte ein Ventil geöffnet. Der Organisationswille und der Bildungsdrang der Arbeiter konnte in Erfüllung gehen. Freilich wollten die Arbeiter in ihren Bildungsvereinen nicht nur lesen und schreiben lernen, sondern sich wie andere Bürger auch politisch betätigen und Gewerkschaften gründen. Doch dies war verboten.

Joseph Luitpold

Der Schmied Pejo

Der Schmied Pejo ist vergessen. Sein Name wurde vielleicht ein einziges Mal genannt. Und zwar in dem wohl kaum gedruckten Bericht über die Tätigkeit eines Wiener Arbeiterbildungsvereins aus dem Jahr 1894. Ist der Bericht noch aufzufinden? In einem Kellerraum, tief unter der Erde, in der Alxinger-gasse 18, wurden damals Lehrgänge für Erwachsene durchgeführt. Man unterrichtete Lesen und Schreiben.

Der vierzigjährige Schmied Pejo meldete sich. Von ihm wird erzählt: „Mit Tränen der Freude in den Augen buchstabierte er Flugblätter und Broschüren.“ Es gab kein Wahlrecht für ihn. Es gab keinen Achtstundentag.



Das Haus der Allgemeinen Arbeiter-Kranken-Unterstützungskasse Wien, Gumpendorfer Straße, wo auch der Arbeiter-Bildungsverein sein Lokal hatte.

Anmerkungen

In vielen österreichischen Industrieorten entstehen Arbeiterbildungsvereine

Zu Kampf um Achtstundentag und Wahlrecht *siehe unten*

Anmerkungen	<p>Schmied Pejo las an Winterabenden, bei schlechter Beleuchtung und wenig Wärme, über das Wahlrecht und über den Achtstundentag. „Hin und wieder schrien oder piffen vorüberziehende Buben in den Ernst und die Begeisterung der lernenden Arbeiter recht unschön hinein.“</p>
Verbot politischer und gewerkschaftlicher Organisation weiterhin	<p>Daran erinnerte jemand noch fünfundzwanzig Jahre später. Das Wahlrecht wurde erkämpft. Und so der Achtstundentag. Der Vorglanz von alledem waren die Tränen der Freude in den Augen des unbeirrbar im Keller buchstabierenden Schmieds Pejo.</p> <p>Die bürgerliche und adelige Bürokratie trachtete, die Bestrebungen der Arbeiter nach politischer und gewerkschaftlicher Organisation zu verhindern: Arbeiterbildungsvereine durften nur Ortsvereine sein und wurden durch Polizeikommissare überwacht. <i>Länger als 20 Jahre dauerte noch der Kampf der Arbeiter, bis auch die Verbandsbildung errungen war (dazu siehe unten).</i></p>
Die Verfolgung der sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereine beginnt	<p>Gefährlich schien der Regierung vor allem das Bekenntnis zur „Staatshilfe“ von Ferdinand Lassalle, zur sozialdemokratischen Idee. Das sozialdemokratische Bekenntnis war für Bürgertum und Adel eine Art Hochverrat.</p> <div data-bbox="443 768 1329 958" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Ein Polizeibericht aus dem Jahr 1869 besagt, dass die meisten Arbeiterbildungsvereine „sozialdemokratisch“ geworden waren. Und das trotz der Polizeikommissare und ständigen Auflösungen von Vereinen, trotz Verhaftungen. Der Organisationsdrang war so groß, dass die Arbeiter immer neue Wege zu Gründungen fanden.</p> </div>
Koalitionsverbot	<p>Nachdem es den Bürgerlichen nicht gelungen war, die Arbeiterbildungsvereine zu beeinflussen, begannen sie diese zu verfolgen.</p> <p>Fachsektionen als Übergang zu Gewerkschaften</p> <p>Da das Koalitionsverbot weiterhin in Kraft war, erlaubte man keine Gewerkschaftsgründungen.</p>
Fachsektionen – Streikorganisation	<p>Die lange Arbeitszeit, die Hungerlöhne und die harten Arbeitsbedingungen machten Gewerkschaftsgründungen für die Arbeiter lebensnotwendig. Die Arbeiterbildungsvereine begannen daher, vielerorts Fachsektionen zu errichten. Es gab oft in den Arbeiterbildungsvereinen versteckte gewerkschaftliche Beratungen und Entschlüsse; öffentlich konnten sie sich aber nicht als Gewerkschaften deklarieren. Immerhin konnten diese Fachsektionen die vielerorts aufflammenden Streiks organisieren und koordinieren.</p>
Kampf gegen das Koalitionsverbot	<p>Die Arbeiter benützten die Arbeiterbildungsvereine als Basis, um den Kampf gegen das Koalitionsverbot zu beginnen.</p> <p>Die einzige legale Form des Kampfes gegen das Koalitionsverbot waren Bittschriftensammlungen. Emsig wurden solche Bittschriften gesammelt. Sie wanderten aber bei den Behörden in den Papierkorb. Da riss den Arbeitern die Geduld. Am 13. Dezember 1869 erschienen 25.000 Arbeiter vor dem versammelten bürgerlich-adeligen Parlament und forderten stürmisch die Aufhebung des Koalitionsverbots und die Zulassung von Gewerkschaften. Eine Deputation überreichte dem Innenminister Graf Taaffe ein Forderungsprogramm. An der Spitze stand die Forderung nach Aufhebung des Koalitionsverbots, an zweiter Stelle die nach Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Die liberale Regierung erschrak angesichts der Entschlossenheit der in den Arbeiterbildungsvereinen organisierten Arbeiter.</p>

Das Koalitionsrecht ist erkämpft

Am 7. April 1870 wurde das Koalitionsverbot aufgehoben, weil die Obrigkeit vor einer Revolutionierung der Arbeiterschaft Angst bekam.

Anmerkungen

Jahrgang 1870.

Reichsgesetzblatt

für die
im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.

Wir Franz Joseph der Erste,

von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich,
Kaisertlicher König von Ungarn, König von Böhmen, von Dalmatien, Kroatien,
Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien; Großherzog von Oesterreich;
Großherzog von Krakau, Herzog von Lothringen, Salzburg, Steyer, Kärnten,
Krain, Bukowina, Ober- und Nieder-Schlesien; Großfürst von Siebenbürgen;
König von Sachsen; gefürchteter Graf von Habsburg und Tirol u. z. c.

13.
Gesetz vom 7. April 1870,
wobey unter Aufhebung der §§. 479, 480 und 481 des allgemeinen Strafgesetzes im Bereich der Verabredungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern zur Erzwungung von Arbeitsbedingungen, und von Gewerbetreibenden zur Erhöhung des Preises ihrer Waare zum Nachtheil des Publikums besondere Bestimmungen erlassen werden.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

§. 1. Die Bestimmungen der §§. 479, 480 und 481 des allgemeinen Strafgesetzes vom 27. Mai 1852, N. G. Bl. Nr. 117, treten außer Wirksamkeit.

§. 2. Verabredungen von Arbeitgebern (Gewerbetreibenden, Dienstgebern, Rentnern von Arbeit, Bergbau, Güterverkehr, landwirthschaftlichen oder anderen Arbeitsunternehmungen), welche bezwecken, mittelst Einschränkung des Betriebes oder Entlassung von Arbeitern diesen eine Vohnverringering oder überhaupt ungünstigere Arbeitsbedingungen aufzulegen; — sowie Verabredungen von Arbeitnehmern (Gehilfen, Schiffen, Bedienten, oder sonstigen Arbeitern um Lohn), welche bezwecken, mittelst gemeinschaftlicher Einstellung der Arbeit von den Arbeitgebern höheren Lohn oder überhaupt günstigere Arbeitsbedingungen zu erlangen; — endlich alle Verabredungen zur Unterstützung derjenigen, welche bei den erwähnten Verabredungen ausbarten, oder zur Strafschlichtung derjenigen, welche sich davon erlösen, haben keine rechtliche Wirkung.

§. 3. Wer, um das Zustandekommen, die Verbreitung oder die zwangweise Durchführung einer der in dem §. 2 bezeichneten Verabredungen zu bewirken, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer an der Ausübung ihrer freien Geschäftstätigkeit, Arbeit zu geben oder zu nehmen, durch Strafe der Einschränkung oder Bewalt hindert oder zu hindern verläuft, ist, sofern seine Handlung nicht unter einer freieren Bestimmung des Strafgesetzes fällt, einer Freiheitsstrafe schuldig und von dem Gerichte mit Arrest von drei Tagen bis zu drei Monaten zu bestrafen.

§. 4. Die in den §§. 2 und 3 enthaltenen Bestimmungen treten auch auf Verabredungen von Gewerbetreibenden zu dem Zwecke, um den Preis einer Waare zum Nachtheil des Publikums zu erhöhen, Anwendung.

§. 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit.
Mit dem Vollzuge desselben sind die Minister der Justiz, des Handels und des Innern beauftragt.
Wien, am 7. April 1870.

Franz Joseph m. p.
Kaiser m. p. **Plener** m. p. **Giesl** m. p. **Herb** m. p.

Koalitionsgesetz RGBl. Nr. 43 vom 7. April 1870.

§ 1. Die Bestimmungen der §§ 479, 480 und 481 des allgemeinen Strafgesetzes vom 27. Mai 1852, RGBl. Nr. 117, treten außer Wirksamkeit. (Diese Paragraphen verboten Verabredungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.)

Übereinkommen Nr. 11, BGBl. Nr. 226/1924.

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, allen in der Landwirtschaft beschäftigten Personen das gleiche Vereinigungs- und Koalitionsrecht wie den gewerblichen Arbeitnehmern zu gewähren und jede gesetzliche oder sonstige Vorschrift aufzuheben, die dieses Recht für die landwirtschaftlichen Arbeiter einschränkt.

Landarbeitsgesetz, Bundesgesetz vom 2. Juni 1948, BGBl. Nr. 140 vom 12. August 1948.

§ 131. Den Dienstnehmern steht es frei, sich zwecks Förderung ihrer Interessen zusammenzuschließen. Jede Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit ist verboten.

Übereinkommen Nr. 87 der Internationalen Arbeitskonferenz in San Franzisko, BGBl. Nr. 228 vom 20. Dezember 1950.

Art. 2. Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber ohne jeden Unterschied haben das Recht, ohne vorherige Genehmigung Organisationen nach eigener Wahl zu bilden und solchen Organisationen beizutreten, wobei lediglich die Bedingung gilt, daß sie deren Satzung einhalten.

Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Europarat am 4. November 1950, BGBl. Nr. 210 vom 24. September 1958.

Art. 11. Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen, einschließlich des Rechtes, zum Schutze ihrer Interessen Gewerkschaften zu bilden und diesen beizutreten.

Europäische Sozialcharta, BGBl. Nr. 460 vom 31. Dezember 1969.

Alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben das Recht auf Freiheit zur Vereinigung in innerstaatlichen und internationalen Organisationen zum Schutz ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen.

Internationales Übereinkommen Nr. 98, BGBl. Nr. 20 vom 11. Februar 1952.

(Für Oesterreich am 10. November 1952 in Kraft getreten.)

Art. 1. Die Arbeitnehmer sind vor jeder gegen die Vereinigungsfreiheit gerichteten unterschiedlichen Behandlung, die im Zusammenhange mit ihrer Beschäftigung steht, angemessen zu schützen. Dieser Schutz ist insbesondere gegenüber Handlungen zu gewähren, die darauf gerichtet sind, a) die Beschäftigung eines Arbeitnehmers davon abhängig zu machen, daß er keiner Gewerkschaft beitrifft oder aus einer Gewerkschaft austrifft, b) einen Arbeitnehmer zu entlassen oder auf sonstige Weise zu benachteiligen, weil er einer Gewerkschaft angehört oder weil er sich außerhalb der Arbeitszeit oder mit Zustimmung des Arbeitgebers während der Arbeitszeit gewerkschaftlich betätigt.

Die Ausformung des Koalitionsrechts in Oesterreich

Das allgemein gehaltene Koalitionsrecht ließ nun Gewerkschaften zu. Binnen kurzer Zeit nach der Aufhebung des Koalitionsverbots entstanden in Oesterreich **Gewerkschaftsvereine**. Auch sie durften **nur Ortsvereine** sein. Ein Versuch, Verbände zu gründen, scheiterte.

Sozialdemokratische
Ausrichtung

Diese ersten Gewerkschaften nach der Einführung des Koalitionsrechts waren ihrer Grundhaltung nach sozialdemokratisch, also die Keimzellen der späteren großen Bewegung der „Freien Gewerkschaften“.

Die sozialdemokratische Ausrichtung war auch der Grund, warum die Staatsmacht versuchte, die nun erlaubten Gewerkschaften mit administrativen Mitteln zu bekämpfen. Viele ihrer Funktionäre wurden verfolgt.

Die entstehende sozialdemokratische Arbeiterbewegung zwischen staatlicher Verfolgung und innerer Spaltung

Verfolgung von Gewerkschaften

Hochverratsprozess
gegen Arbeiter-
funktionäre/Auf-
lösung der meisten
Organisationen/
Streiks und
Demonstrationen –
neue Organisationen

Im Juli 1870 gab es gegen die Arbeiterfunktionäre, die den Kampf gegen das Koalitionsverbot organisiert hatten, einen Hochverratsprozess. Die Spitzenvertrauensmänner wurden zu sechs Jahren Kerker verurteilt. Nach diesem Prozess lösten die Behörden die meisten Arbeiterbildungsvereine auf, ebenso die erst seit April 1870 entstandenen Gewerkschaften. Kaum war die Kunde von der Auflösung der Arbeitervereine in die Industrieorte gelangt, erhoben sich die Arbeiter und veranstalteten Streiks und Demonstrationen. Die Regierung gab nach. Neue Verbände konnten entstehen, doch unter erschwerenden Umständen.

Die siebziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts brachten den Gewerkschaften Verfolgungen und Auflösungen. Immer wieder versuchten die Arbeiter es aufs Neue, denn sie hatten erkannt, dass sie ohne Gewerkschaften machtlos sind.

Wirtschaftskrise – Spaltung – Radikalisierung

Wirtschaftskrise
1873 – Börsenkrach
Arbeitslosigkeit
schadet Organisation

Die Wirtschaftskrise des Jahres 1873 und die folgende Stagnation hinderte die Gewerkschaften an ihrer Weiterentwicklung und trübte ihren Blick für Ziel und Weg der Gewerkschaftsbewegung. Die große Arbeitslosigkeit führte zu Zerwürfnissen, und es kam zur Spaltung der österreichischen Arbeiterbewegung.

War die Spaltung anfangs bloß auf die sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereine beschränkt, erfasste sie dann auch die Gewerkschaften. Von 1880 an beherrschte sie die ganze Arbeiterbewegung.

Gemäßigte
Sozialdemokraten

Revolutionäre
Sozialdemokraten
(Marxisten)

Anarchisten

Die „gemäßigten“ Sozialdemokraten wollten ihre Tätigkeit zur Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Menschen fortsetzen (bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, sozialpolitische Maßnahmen) und ihre Rechte durch eine Demokratisierung der bestehenden Ordnung erweitern. Die Revolutionäre dagegen – durch die Wirtschaftsnot radikalisiert – traten für die sofortige grundlegende Änderung der Gesellschaftsordnung im Sinne von Karl Marx und Friedrich Engels ein; nur eine Revolution, so glaubten sie, könne die durch den Kapitalismus entstandenen Probleme lösen. Aus diesem Grund stellten sich viele von ihnen auch gegen die Gewerkschaften (denen sie „Reformismus“ vorwarfen) und lehnten es ab, ihre Mitglieder zu werden. Unter den Gewerkschaften gab es freilich manche, die selbst das Heil vom gewaltsamen Sturz des Regimes erhofften. Darüber hinaus fühlten sich einige Gruppen der Arbeiterbewegung von den Parolen des Anarchismus angesprochen; sie folgten der „Propaganda der Tat“ und sahen in Attentaten auf Spitzenfunktionäre der Regierung, auf Angehörige von Polizei und Wirtschaft die geeignetste Kampfmethod.

Anarchistisch wurde auch die Gewerkschaft der Schuhmacher. 1882 raubten radikale Funktionäre dieser Gewerkschaft einen der ersten Schuhwarenfabrikanten, Merstallinger, aus und verwendeten die Beute für die Gewerkschaftskasse. Dagegen stellten sich die nicht-anarchistischen Organisationen, die die Folgen derartiger Gewaltakte für die Arbeiterbewegung fürchteten.

Mit dem Eindringen anarchistischer Kampfmethoden und mit der Spaltung war die österreichische Arbeiterbewegung, mit ihr die Gewerkschaftsbewegung, an einem Tiefpunkt angelangt.

Ausnahmerecht gegen Arbeiter

Als andere Attentate folgten, wurde 1884 über einige Bezirke, in denen das Zentrum der Arbeiterbewegung lag, der Ausnahmezustand verhängt. Später wurde ein Anarchistengesetz erlassen.



Der Wechsler Eisert in seinem Blute.

Den **Ausnahmezustand** benützten die Regierenden aber nicht nur gegen die Anarchisten, sondern **auch gegen die sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften**. Noch 1884 lösten sich einige Gewerkschaften und Arbeitervereine von selbst auf und tauchten als „illegal“ unter. *Erst als Victor Adler 1886 zur Arbeiterbewegung stieß, wurde die Periode der Spaltung und der vorübergehenden Illegalität allmählich überwunden (siehe unten).*

Arbeiterbewegung und Sozialpolitik

Praktische Sozialpolitik in Arbeiterbildungsvereinen und Gewerkschaften

Die Arbeiterbildungsvereine und Gewerkschaften versuchten sich auch in praktischer Sozialpolitik. Da es **keine Sozialversicherung** gab, gründete der Wiener Arbeiterbildungsverein Gumpendorf schon im Jänner 1868 eine **Kranken- und Invalidenkasse**. Die Statuten dieser Kasse dienten der zwanzig Jahre später erkämpften **Pflichtversicherung** als Grundlage.

Anmerkungen

1884: Ausnahmezustand über Arbeiterbezirke

Anarchistengesetz

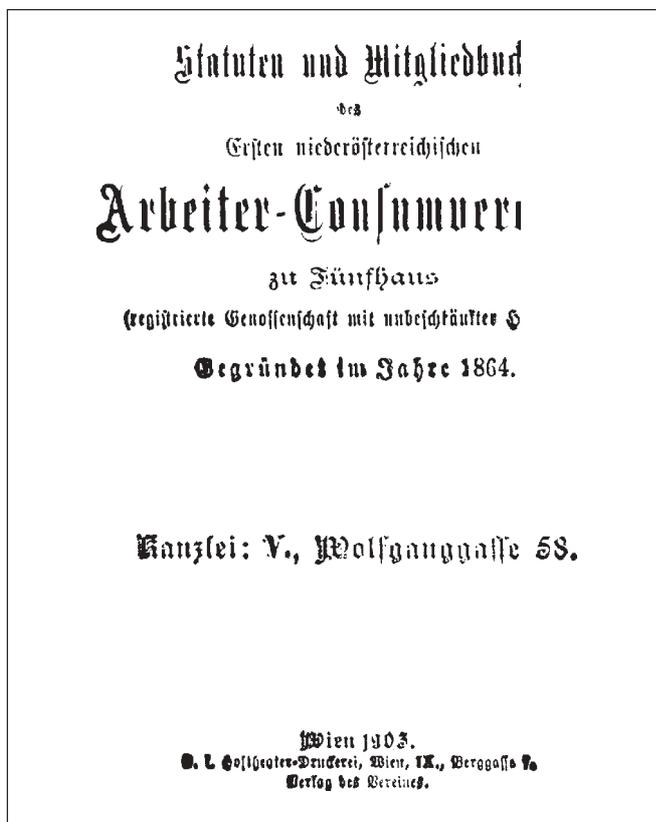
Ausnahmezustand auch gegen Freie Gewerkschaften

1868: erste Arbeiter-, Kranken- und Invalidenkasse

Anmerkungen	Die anderen Arbeiterbildungsvereine und auch die Gewerkschaften ahmten das Beispiel des Wiener Allgemeinen Arbeiterbildungsvereins nach (<i>dazu siehe auch Skriptum GK 4</i>).
Kranken- und Unfallversicherung Gewerbeinspektion	<p>Die ersten Arbeiterschutzgesetze</p> <p>Auch das Bürgertum musste später die sozialpolitischen Ziele der Arbeiterbildungsvereine und der ersten Gewerkschaften akzeptieren. So hat <i>Freiherr von Vogelsang</i> (<i>siehe unten</i>) in diesem Sinne gewirkt. Auch in unserem Nachbarland zwangen diese Bestrebungen der Freien Gewerkschaften später den deutschen Reichskanzler Bismarck zur Einführung der Kranken-, Invaliden- und Rentenversicherung (1883).</p> <p>In Österreich kam es zur Kranken- und Unfallversicherung in den Jahren 1888/89. (Auf eine Pensionsversicherung ließ man die österreichischen Arbeiter noch lange warten.) 1883 trat das Gewerbeinspektorengesetz in Kraft. War es auch unzulänglich und die Zahl der Gewerbeinspektoren klein, so konnten doch einige Auswüchse des Kapitalismus in den Fabriken beseitigt werden.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p>Die Sozialgesetze der achtziger Jahre waren ein Fortschritt, doch mangelte es an der Kraft, die hinter solchen Gesetzen stehen muss, damit sie wirkungsvoll werden.</p> </div>
Arbeiterkammern nach Beispiel von Handelskammern gefordert	<p>Forderungen nach Arbeiterkammern und Gehilfenausschüssen</p> <p>In den achtziger Jahren wurde auch die Frage der Arbeiterkammern lebhaft diskutiert, da es schon seit 1850 ein Handelskammergesetz gab. Dieser Gedanke war schon vorher in den Bildungsvereinen und in den ersten Gewerkschaftsvereinen nach 1870 aufgetaucht. Da aber die Arbeiterschaft in dem Kurienparlament nicht vertreten war, konnte der Plan einer Arbeiterkammer nicht realisiert werden (<i>zur Entstehung der Arbeiterkammern siehe unten und Skriptum GK 7</i>).</p>
Gewerbliche Genossenschaften: Zunftgedanke	<p>In den achtziger Jahren wurden auch die im Gedankengut der Zunftzeit wurzelnden gewerblichen Genossenschaften reaktiviert. Dies forderte vor allem das Klein- und mittlere Bürgertum, das gegen das sich ausbreitende Monopolkapital und gegen den Liberalismus rebellierte. Dem Klein- und Mittelbürgertum musste man auch politisch entgegenkommen. 1882 wurde der Steuerzensus im Kurienwahlrecht von 10 auf 5 Gulden herabgesetzt. Nun durfte wählen, wer 5 Gulden Besitzsteuer zahlte.</p>
Gehilfenausschüsse Später Basis für Gewerkschaften	<p>Innerhalb der aktiv werdenden Fachgenossenschaften entstanden Gehilfenausschüsse. Die Gewerkschaften bemühten sich, in diesen aktiv zu werden, um eine neue Kampfbasis zu bekommen. Die Gehilfenausschüsse wurden später zu Helfern der Gewerkschaften.</p>
	<p>Die „dritte Säule“ der Arbeiterbewegung – die Konsumvereine</p> <p>Die vor 1867 entstandenen wenigen Konsumvereine, deren Grundgedanke die Zusammenfassung der Arbeiter als Konsumenten war, erhielten durch die Arbeiterbildungsvereine und Gewerkschaften Auftrieb in ihren Bestrebungen zur Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung.</p>



29. Oktober 1864: „... man kaufte zwei Säcke Mehl und verteilte sie in der Wohnung eines Mitglieds ...“



25. September 1964: Die Konsumgenossenschaft Wien eröffnet ihren neuen Supermarkt.

Anmerkungen

Je stärker die Gewerkschaften später wurden, desto mehr Konsumvereine konnten entstehen und desto bessere Hilfeleistungen konnten sie den Arbeitern und Angestellten erbringen.

Die Konsumvereine waren ohne indirekte und direkte Hilfe der Gewerkschaften undenkbar. So ergänzten und stützten die einzelnen Säulen der Arbeiterbewegung einander und ermöglichten den Aufstieg einer unterdrückten Klasse. Man sprach fortan von den „Drei Säulen der Arbeiterbewegung: **Partei – Gewerkschaft – Konsumverein**“.



Victor Adler

Victor Adler und die Bestrebungen zur Einigung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung

1886 stieß der Arzt **Victor Adler** zur österreichischen Arbeiterbewegung. Er kam aus dem Bürgertum, **erkannte** aber die **historische Rolle der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften**. Er wusste, dass eine Gleichberechtigung in der Gesellschaft für die Arbeiter und Angestellten nur erreicht werden konnte, wenn sich die kleinen, untereinander zerstrittenen Arbeitervereine, die überdies seit dem Ausnahmezustand und dem Anarchistengesetz im Dunkeln agierten, zu **schlagkräftigen Organisationen** entwickeln würden, wenn sie ein klares **Programm** bekämen und taktisch klug zu kämpfen verstünden.

Die Notwendigkeit der Einigung spürten nach dem Niedergang, der mit der Spaltung eingetreten war, auch die Arbeitermassen. Doch Victor Adler sprach es klar aus und verkündete es in der ersten größeren Arbeiterzeitung, in der seit 1886 erscheinenden „Gleichheit“, die später zur „Arbeiter-Zeitung“ wurde.

Die großen Organisationen der österreichischen Arbeiterbewegung entstehen (1888/89–1893)

Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und ihre Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung

Hainfeld 1888/89

Es gelang Victor Adler auf dem **Hainfelder Parteitag** 1888/89, die Spaltung zwischen Radikalen und Gemäßigten zu überwinden und die Arbeiter auf ein klares Programm zu einigen, das sowohl die Notwendigkeit der Reform wie auch den Kampf um eine sozialistische Gesellschaftsordnung bejahte.

Auf dem Hainfelder Parteitag erhielt die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Österreichs ihre einheitliche Parteiorganisation: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) wurde gegründet.

Aufruf zur Gewerkschaftsgründung

Der Hainfelder Parteitag war auch für die Freie Gewerkschaftsbewegung von größter Bedeutung, denn nun war auch sie von der Spaltung befreit. Auf diesem Arbeiterkongress rief **Victor Adler** zu neuen Gewerkschaftsgründungen auf. Die **Gewerkschaften** mögen sich, wie die **Arbeiterpartei**, von der Ortsgruppe über die Bezirksgruppe und Kronlandgruppe **zum Zentralverein entwickeln**, und die Zentralvereine sollten sich an der Spitze zu einem **mächtigen Bund** vereinigen.

Die Einigung hatte eine derart nachhaltige Wirkung, dass es auch zu einer engen Bindung der Gewerkschaften an die Sozialdemokratische Partei kam. Partei und Gewerkschaft betrachteten sich fortan als „siamesische Zwillinge“.

Der 1. Mai 1890

Die übermäßig langen Arbeitszeiten, 12, 14 oder 16 Stunden am Tag, waren eine unerträgliche gesundheitliche und seelische Belastung für die arbeitenden Menschen. Nach dem Prinzip, dass der Arbeiter mehr Knecht als

Ar. 18. Wien, den 30. April 1890. II. Jahrgang.

Am Vorabend des 1. Mai.

Jum Schlag gegen die Schlinge ihrer Cauden mühen die Arbeiter ihre Räder zusammenzutrennen und als Kette ein Schwatzen erlangen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie nicht weichen, durch heftigen Konflikt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Elend zu verurteilen. An die Stelle des verstaubten Katalog der „unvermeidlichen Menschenschicksale“ tritt die lebendige Klage über einen gesellschaftlich beschränkten Arbeitstages, die endlich klar macht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt. K. Marx.

Was bleibt uns heute, da uns nur mehr Stunden trennen von dem großen, bedeutungsvollen Tage, zu sagen übrig? Alles ist genau ermannt und überlegt worden, nichts vergessen. Der erste Mai, er wird — wir sind dessen gewiss — impetant verlaufen und überall den mächtigsten Eindruck hinterlassen. Er wird auch ruhig verlaufen.

Was sollen wir also heute anders, als unserer Freude Ausdruck geben, daß das österreichische Proletariat den Gedanken der Manifestation für den Achtstundentag so erfüllt hat, wie — wir können es ohne jede Übertreibung und Ueberhebung sagen — fast kein zweites in der Welt. Wir müssen geradezu stöhnen über den Erfolg, den wir schon jetzt errungen; keine andere Idee wurde je in so kurzer Zeit von so großen Massen und so begeistert aufgenommen. Diese Begeisterung und dieses rasche Ergreifen der Idee ist eben ein Beweis für die dringende Notwendigkeit des gesellschaftlichen Achtstundentages und ausgiebigen Arbeiterkampfes.

Diese einmütige Begeisterung hat aber den Gegnern, dem Bürgerthum so sehr imponirt, daß sie sich eigentlich keine besondere Mühe geben, uns an der Manifestation zu hindern. Sie lassen uns gewähren, weil sie zur Ueberzeugung gelangt sind, daß wir uns nicht hindern lassen. Die meisten Unternehmer — und besonders die großen, die den Ausschlag machen — geben ihren Arbeitern den Demonstrationstag selbst frei. Die Letzteren haben sich denselben durch ihr ernstes und bewußtes Auftreten im höchsten Grade erkämpft. Von Seite der Behörden finden wir demnach ein Entgegenkommen. Das ist sicher nur vorläufig und in der Ordnung. Vor wenigen Jahren noch aber hätte es das nicht gegeben! Heute jedoch, wenn wir unseren Willen kundgeben, sind wir schon dadurch allein eine Macht. Und das Bewußtsein unserer Macht gibt uns wieder die siegesfrohe Hoffnung, daß wir den Achtstundentag in der aller kürzesten Zeit erringen und mit dessen mächtiger Hilfe auch allen unsern andern Forderungen zum Durchbruch verhelfen werden. Denn, wir wiederholen heute — Klarheit ist vor allem nöthig — der gesellschaftliche Achtstundentag ist uns nur Mittel und nicht Zweck. Wir wollen ein geistig und physisch kampffähiges Proletariat, wir wollen Mühe, uns zu bilden und politisch organisiren zu können.

Wenn das österreichische Proletariat dem Gedanken der Kundgebung am 1. Mai allerorten so freudig und überausend mächtig ausgeht, hat es fast kein gleiches Gegenstück. Für die österreichische Arbeiterpartei ist die internationale Manifestation noch mehr als bei unsere.

Einfluß
meist für
Biel a

mir ei
über d
uns le
schritte
Die d
Komm
Klasse
würde

sturm
rungen

fagen.
die G
und K
in un
in G
mächt
wichtig
ihre er
1. M

nur e
Mensch

Anlag

niere
eifen,
renbes

nie
wohl
für
unter
bers,
saren
unfer
stition

tion
enge

hr zu
es an
Stoß
aber
reichs
in ein
einem
ap es
Der

Tag,
amten
der

DER KAMPF UM DEN 8-STUDENTAG

vor 1888 1888 Gründung			
bis 1898			
1898 Streik			
ab 1898			
1918 Umsturz			
ab 1919	8 Stunden Arbeit	8 Stunden Musse	8 Stunden Schlaf

Anmerkungen

Kampf um den
Achtstundentag

Mensch sei, wurde seine Arbeitskraft rücksichtslos ausgebeutet. Gegen diese unmenschliche Praxis wandte sich nun die Arbeiterbewegung. Sie eröffnete unter der **Parole „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf“** eine intensive **Bewegung für den Achtstundentag**. Bei der notorischen Einsichtslosigkeit und Unnachgiebigkeit der Unternehmer bestand jedoch wenig Hoffnung auf Verwirklichung. Die Arbeiterschaft trat also zum offenen, zielbewussten **Kampf** um die Verkürzung der Arbeitszeit **auf internationaler Basis** an.

Der Anstoß zur Kampagne für den Achtstundentag kam vom **Internationalen Sozialistenkongress** des Jahres **1889**, der den Beschluss fasste, am 1. Mai 1890 in allen Ländern für den Achtstundentag zu demonstrieren.

Maiaufmarsch in Wien

Der Beschluss des Internationalen Sozialistenkongresses **fand in Österreich lebhaftes Echo**. In einem großen Aufmarsch am 1. Mai 1890 in Wien demonstrierten Österreichs Arbeiter für die Einführung des Achtstundentags. Dieser Tag bewies, dass die Gewerkschafts- und **Arbeiterorganisationen** unseres Landes **bereits** im Stande waren, **Massen** anzusprechen. Seither feiern die Arbeiter in der ganzen Welt ihren **Feiertag der Solidarität am 1. Mai**.

Den Achtstundentag hat die Arbeiterschaft längst erkämpft. Neue Probleme spiegeln sich seither in den Parolen der Maikundgebung. Heute feiert nicht nur die Arbeiterschaft den 1. Mai. Er wurde zu einem Nationalfeiertag der Arbeit, später sogar zu einem Feiertag der Kirche.

Als **Victor Adler** seinen **Leitartikel zum 1. Mai** für die Arbeiter-Zeitung **im Gefängnis** schrieb, als Wiens Arbeiter an den verbarriadierten Bürgerwohnungen vorbei in den Prater marschierten, begann ein **langer, zäher Kampf**, der **schrittweise Verbesserungen** brachte. **Endgültig gewonnen** wurde er allerdings erst **1918**, als die Arbeiterbewegung die Politik der **demokratischen Republik** Österreich für kurze Zeit entscheidend mitbestimmen konnte (*siehe Sozialgesetzgebung Erste Republik*).

Die Gründung der Reichsgewerkschaftskommission der Freien Gewerkschaften der erste gewerkschaftliche Zusammenschluss

Konzentration
der Gewerkschafts-
bewegung

Die Statistik weist nach, dass seit dem Delegiertentag der Arbeiter ein **Aufschwung der Gewerkschaften begann**. Der Weg der Konzentration in der Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterbewegung war beschritten. 1892 meldete ein Jahresbericht der Polizei, dass es in Österreich neben einer großen Zahl von selbstständigen kleinen Gewerkschaftsvereinen zehn Zentralvereine der Gewerkschaften gäbe. In diesem Jahr wurde auch eine **provisorische Gewerkschaftskommission** gegründet, damit eine eventuelle Vertretung Österreichs auf internationalen Kongressen geregelt werden könne.

1892: provisorische
Gewerkschafts-
kommission

1893: Erster Gewerk-
schaftskongress

Im Dezember 1893 fand in Wien der erste Gewerkschaftskongress statt. Bei diesem waren 194 selbstständige Gewerkschaften mit ungefähr 50.000 Mitgliedern vertreten.

Von den 194 Gewerkschaftsvereinen waren 10 Zentralvereine. Manche waren erst Ortsgruppen, andere bereits Bezirksgruppen, und viele hatten den Status einer Kronlandgruppe bekommen. Damit war auch der Weg der inneren Konzentration beschritten:

Als 1934 die Freien Gewerkschaften aufgelöst wurden, zählten sie 42 Verbände. Der Österreichische Gewerkschaftsbund gliedert sich heute in 13 Gewerkschaftsverbände. (Interessant ist, dass 1893 17 Industriegruppen geplant waren.) Die Freien Gewerkschaften erfassten bis zur Wirtschaftskrise des Jahres 1929 ungefähr 90 % der organisierten Arbeiter.

Beim ersten Gewerkschaftskongress wurde die erste Zusammenfassung von Gewerkschaften in der Gestalt einer **Kommission** vorgenommen. Diese **Gewerkschaftskommission** der Freien Gewerkschaften war damals **bloß Koordinierungsorgan**, eine Art **Dachorganisation**, im Gegensatz zum heutigen zentralistischen Gewerkschaftsbund.

Begünstigt wurde die Entwicklung zu einem Gewerkschaftsbund durch die vielen Fachtage, die die Einzelgewerkschaften seit dem Hainfelder Parteitag abhielten. Dass sie dies unbehelligt tun konnten, zeigt, welche Bresche der Delegiertentag von Hainfeld geschlagen hatte.

Die Entwicklung der Richtungsgewerkschaften (1894–1907)

Die Entwicklung der Freien Gewerkschaften

Organisationsprobleme

Mit der Gründung der Gewerkschaftskommission auf dem ersten Gewerkschaftskongress war eine gewerkschaftliche Zentralstelle geschaffen worden. Wegen der Zersplitterung der Gewerkschaften und der vielen Sonderprobleme schien es allerdings fürs Erste unmöglich, einheitlich vorzugehen.

Doch als 1895 **Anton Hueber** das Sekretariat der Gewerkschaftskommission übernahm, schritt die **Zentralisation** innerhalb der zersplitterten Gewerkschaftsbewegung voran.

Nach einer Zählung des Jahres 1895 waren in der Monarchie 6,563.329 Arbeiter und Angestellte in Industrie und Gewerbe beschäftigt. Davon waren nur 88.818 (1,35 %) organisiert. Bis 1906 jedoch erreichte die Freie Gewerkschaftsbewegung eine halbe Million Mitglieder.

Die Produktionsentwicklung hatte schon seit den achtziger Jahren die Konzentration der Arbeitskraft notwendig gemacht: Der Hochkapitalismus wurde vom Monopolkapitalismus abgelöst. Ohne starke, einheitliche Organisation mussten die Gewerkschaften in dieser Situation hilflos bleiben. Zudem hatten sich auch die Unternehmer zu Verbänden zusammenschlossen und verstärkten damit die Notwendigkeit zur gewerkschaftlichen Zentralisation.

Das **Frauenproblem** drängte innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu einer Lösung. Die Unternehmer verwendeten sehr gerne Frauen als Arbeitskräfte, weil sie billiger und williger waren, unter den damaligen schlechten Bedingungen zu arbeiten. Die Männer dagegen sahen in den Frauen Lohndrückerinnen.

In **Anna Boschek**, die in den neunziger Jahren ihre Tätigkeit in der Gewerkschaftskommission begann, entstand eine unermüdliche Funktionärin, die sich bemühte, die Frauen zur Gewerkschaft zu bringen und ihnen zu helfen, menschenwürdige Zustände zu erkämpfen.

Anmerkungen

Zersplitterung der Gewerkschaften



Anton Hueber

Quelle: ÖGB Fotoarchiv, Margit Straka



Anna Boschek

Quelle: ÖGB Fotoarchiv, Margit Straka

Nationale Spaltung
der Gewerkschaften

Der nationale Hader in der Vielvölker-Monarchie färbte auch auf die Gewerkschaften ab. **1897** spaltete sich eine „**Tschechische Gewerkschaftskommission**“ von der „Reichsgewerkschaftskommission“ ab. **Später** griff diese Spaltung **auch** auf die **Verbände** über. 1905 waren in der Reichsgewerkschaftskommission 450.000 Arbeiter und Angestellte und von der tschechischen Gewerkschaftskommission 50.000 Mitglieder erfasst.

Streikbewegungen

Seit dem 1. Mai 1890 war der Ruf um die Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr verstummt. Die durch die langen Arbeitszeiten verstärkte Arbeitslosigkeit war zu einer unerträglichen Gefahr für Löhne und Arbeitsverhältnisse geworden. Die vielen Streiks wurden daher in jener Zeit um bessere Löhne und Arbeitszeitverkürzung geführt.

Ein anderes Problem war der **Mitgliedsbeitrag**; denn ohne eine entsprechende finanzielle Basis war eine schlagkräftige Organisation auf die Dauer undenkbar. Das Unterstützungswesen war infolge der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung im Argen. Infolge der damaligen Schundlöhne schien diese Frage zunächst unlösbar.

Finanzielle und organisatorische Schwäche der Gewerkschaften – die meisten Streiks brechen zusammen

Die Arbeitermassen bedachten oft nicht die finanzielle und organisatorische Schwäche der Gewerkschaften, wenn sie bei jeder Gelegenheit ihre Forderungen mit Streiks durchzusetzen versuchten. Das war zwar angesichts der Hungerlöhne verständlich, doch führte es dazu, dass **viele Jahre hindurch die meisten Streiks zusammenbrachen oder fast vergeblich geführt wurden**. Diese Streiks **verbrauchten die wenigen Mittel**, die zur Verfügung standen. Bei jedem Streik musste an die Solidarität der Arbeiter appelliert werden. Mittels Streikblocks wurde das für die Unterstützung der Streikenden notwendige Geld gesammelt. Kaum war eine Streikaktion beendet, brach ein neuer Streik aus, und die „Bettelei“ nahm kein Ende. Schwer kann man sich vorstellen, wie unter diesen Umständen die Gelder zusammenkommen konnten. Staunen muss man über die **Opferfreudigkeit der Arbeiter** von damals, die sich die Kreuzer förmlich vom Mund absparen mussten, **um ihren streikenden Kollegen beizustehen**.

Vorbildliche Solidarität unter den Arbeitern

Im Jahr **1894** wurde ein **Streikreglement** eingeführt, und bald kam etwas Ordnung in das Unterstützungswesen. **Je stärker die Gewerkschaften wurden, desto eher** konnten sie die Unternehmer zum Abschluss von **Tarifverträgen** bewegen.

Das freigewerkschaftliche Pressewesen

„Die Gewerkschaft“
(heute „Arbeit & Wirtschaft“)

In den Freien Gewerkschaften schritt die Zentralisierung vom Gewerkschaftsverein zum Verband vorwärts. Seit dem 15. Juni 1896 wurde das monatliche Gewerkschaftsorgan „**Die Gewerkschaft**“ herausgegeben. Es war dies ein bloßes Korrespondenzorgan für die Vertrauensleute. Im Jahr 1896 gab es 33 gewerkschaftliche **Fachblätter** mit einer Durchschnittsaufgabe von etwa 120 Exemplaren, davon 19 in deutscher, 12 in tschechischer und 2 in slowenischer Sprache.

Fachblätter in drei Sprachen

Bei den Freien Gewerkschaften handelte es sich um Organisationen, die sich mit der Sozialdemokratischen Partei verbunden fühlten.

Entstehung anderer Richtungsgewerkschaften

In den achtziger Jahren nahmen im katholischen Lager Bischof Ketteler, Prinz Alois Liechtenstein und Freiherr von Vogelsang den Ruf nach einer Lösung der sozialen Frage auf. Vogelsang wurde zum größten katholischen Sozialreformer. Er trat für die Entproletarisierung der Proletarier ein, wovon die damalige Unternehmerschaft nichts wissen wollte.

Als 1891 die päpstliche Enzyklika „Rerum novarum“ erschien, die die kapitalistischen Zustände kritisierte, machte sie den Weg frei für die Entstehung einer christlichen Arbeiterbewegung.

Leopold Kunschak gründete 1892 einen christlichen Arbeiterverein. Daraufhin begannen sich nach und nach auch christliche Gewerkschaften zu entwickeln. In der Zeit von 1894 bis 1907 entstanden an die 30 christliche Fachvereine und Gewerkschaften. 1904 erschien als Organ der christlichen Gewerkschaften „Der christliche Gewerkschafter“. 1906 bildete sich eine christliche Reichsgewerkschaftskommission. 1909 wurde der erste Kongress der christlichen Gewerkschaften in Österreich abgehalten. Sie zählten damals 4537 Mitglieder.

Bis zur Wirtschaftskrise 1929 blieb die christliche Arbeiterbewegung in Österreich gegenüber der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung eine kleine Minderheit.

Das Großkapital wurde in den neunziger Jahren auch vom Klein- und Mittelkapital bekämpft; letzteres kämpfte um seine Existenz. Es bildete sich eine Partei des „Kleinen Mannes“, die Christlichsoziale Partei. Sie machte der kapitalistischen Partei, den Liberalen, sowie der Partei des adeligen Großgrundbesitzes, den Christlich-Konservativen, viel zu schaffen.

Der „Christliche Arbeiterverein“ Leopold Kunschaks schloss sich dann auch der Christlichsozialen Partei an. Ebenso wurde sie die politische Heimat der Ende der neunziger Jahre entstandenen christlichen Fachvereine.

Nach der Erreichung des Allgemeinen Wahlrechts (1907) wurde die Christlichsoziale Partei immer mehr eine Vertreterin des Großkapitals und des Großgrundbesitzes. Das wurde für die Bauern, Gewerbetreibenden und christlichen Arbeiter, die Wähler dieser Partei waren, bedenklich.

Neben den christlichen Gewerkschaften begannen in Österreich auch nationale Gewerkschaften zu entstehen. Sie versuchten, eine Zentralstelle zu schaffen. Auf einer Konferenz im Jahr 1906 wurden Leitsätze und Satzungen für eine „Deutsche Gewerkschaftskommission“ beschlossen. Im August 1908 tagte in Wien eine Konferenz der nationalen Gewerkschaften und betraute die Gesamtleitung der nationalen und völkischen Gewerkschaften einer „Zentralkommission der deutschen Arbeitnehmerverbände“ an. Der Sitz war in Wien. Das Zentralorgan hieß „Deutsche Gewerkschaft“. Doch gab es zwischen diesen nationalen Gewerkschaften ständige Reibereien, sodass eine Einheit nie richtig hergestellt wurde.

Schwarze Listen gegen Gewerkschaften

In den Jahren 1901 bis 1903 kam es wieder zu einer Wirtschaftskrise. Die Folgen waren größere Arbeitslosigkeit und Austritte aus der Gewerkschaft. Die Unternehmer, die mit Argwohn den Aufschwung der Gewerkschaften vor 1901 beobachtet hatten, glaubten jetzt zum großen Schlag gegen die Gewerkschaftsbewegung ausholen zu können.

Anmerkungen

Katholische Sozialreformer

Enzyklika „Rerum novarum“

1892: christlicher Arbeiterverein

Christliche Fachvereine

1906: christliche Reichsgewerkschaftskommission

Christlichsoziale Partei zunächst „Partei des kleinen Mannes“

Ab 1907: immer mehr Partei von Großkapital und Großgrundbesitz

(Deutsch-)Nationale Gewerkschaften

Geheime Eintragung
in Arbeitsbuch

Die **Unternehmerverbände** erließen ein geheimes **Rundschreiben** an ihre Mitglieder, die **Gewerkschaftsfunktionäre durch ein Zeichen im Arbeitsbuch kenntlich zu machen**. Jeder unselbstständig Erwerbstätige war nämlich verpflichtet, ein Arbeitsbuch zu besitzen.

In Krisenzeiten wurde selbstverständlich von den Unternehmern zuerst der gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer gekündigt. Er konnte aber durch die geheime **Eintragung im Arbeitsbuch („Schwarze Listen“)** keine Arbeit finden. Die Unternehmerverbände hofften, auf diese Weise die Arbeiter der Gewerkschaft abtrünnig zu machen. Doch hatten sie damit keinen Erfolg. Erst 1905 erklärte der Oberste Gerichtshof diesen Terror der Unternehmer für „unmoralisch“.

Das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht wird erkämpft

Angesichts der Entwicklung vom Hoch- zum Monopolkapitalismus wurden soziale Gesetze immer dringlicher. Die Arbeiter wussten, dass erst ein Einfluss auf die Gesetzgebung einen Wandel bringen könnte. Deshalb schalteten sich auch die Freien Gewerkschaften in den Wahlkampf ein: Sie forderten immer heftiger das allgemeine und gleiche Wahlrecht.

1897:
fünfte Wählerklasse

1897 wurde die **fünfte Wählerklasse** erkämpft. In den ersten vier Wählerklassen wählten die besitzenden Klassen 353 Abgeordnete, obwohl diese Wähler nur eine Minderheit waren. Gewählt wurde hier auf Grund der Besitzsteuer (seit 1882 mindestens 5 Gulden). In der fünften Wählerklasse durften alle Männer wählen, die das 24. Lebensjahr erreicht hatten. Obwohl hier die überwiegende Mehrheit des Volkes seine Stimme abgab, waren nur 72 Mandate zu vergeben.

Immerhin kamen **1897** auch Arbeitervertreter in **den Reichsrat (14 Sozialdemokraten)**. Nun konnten auch sie von der Tribüne des Parlaments für die Rechte der Arbeitenden eintreten. Sie entfalteten eine rege sozialpolitische Initiative. Leider endeten diese Bestrebungen meist mit dem Begräbnis der Initiativanträge im Ausschuss.

1905: Erste
russische Revolution

1905 war die österreichische Wirtschaft wieder in eine **Konjunkturperiode** eingetreten. Diese Zeit nützten die Arbeiter, um den **Kampf um ein echtes allgemeines und gleiches Wahlrecht** aufs Neue aufzunehmen. In Russland hatte eben die Revolution den **Zaren** veranlasst, das allgemeine Wahlrecht zu bewilligen.

1905: Wahlrechts-
demonstration in Wien

Die Gewerkschaften riefen Ende **November 1905** zur Arbeitsniederlegung auf. Dieser **Generalstreik** und der damit verbundene Aufmarsch von **250.000 Arbeitern und Angestellten** auf der Wiener Ringstraße ertrotzten die Bewilligung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für die Wahlen zum Reichsrat.

Mehr Einfluss der
Gewerkschaften

1907 wurde auf Grund dieses Wahlrechts erstmals gewählt. Mit diesen Wahlen kam nun eine **größere Anzahl von Arbeitervertretern** in das Parlament (89 Sozialdemokraten), **darunter viele Gewerkschaftsvertreter**. Damit war der Einfluss der Gewerkschaften auf die Gesetzgebung verstärkt. Freilich wurden **mit den allgemeinen Wahlen** auch die **Klassenfronten verschoben**: Die Parteien der Großgrundbesitzer (Christlich-Konservative) und der Kapitalisten (Liberale) mussten sich auflösen; sie fanden Unterschlupf in der Partei des „Kleinen Mannes“, den Christlichsozialen.

Christlichsoziale
werden
„Kapitalistenpartei“



Das Gedenkblatt zur Erinnerung an die Wahlrechtsdemonstration 1905

Das Wahlrecht, das 1907 eingeführt wurde, schloss allerdings noch immer die eine Hälfte der Bevölkerung, nämlich die Frauen, aus. Ein wirklich demokratisches Wahlrecht schuf erst die Republik.

Mit der Wandlung der Christlichsozialen Partei wurde den christlichen Gewerkschaften, die in dieser Partei ihre politische Heimat hatten, ihr Kampf um die Rechte der Arbeiter erschwert. Die Vertreter des Kapitals und des Großgrundbesitzes kämpften fortan „getarnt“ und konnten später die Demokratie wieder zerstören – eine Mahnung an uns, die politische Demokratie durch die Wirtschaftsdemokratie zu ergänzen. Dazu bekennt sich heute der Österreichische Gewerkschaftsbund.

1907: allgemeines Wahlrecht – heute: Kampf um die Wirtschaftsdemokratie. Schicksalhafte Jahre liegen dazwischen: zwei Weltkriege, Inflation, Wirtschaftskrise, Faschismus, Besetzung.

Soziale Gesetzgebung

Erst nach der Krise der Jahre 1901 bis 1903 bequeme sich der Reichsrat, verschiedene Anträge zu behandeln, so den Antrag auf eine Arbeiter- und Angestelltenpension. 1906 kam ein unzulängliches **Angestelltenpensionsgesetz** zu Stande. Den Arbeitern wurde ein derartiges Gesetz verwehrt.

Noch war die Arbeiterschaft im Parlament zu schwach vertreten, um ihre sozialpolitischen Forderungen durchzusetzen. Erst 1914 war ein bescheidener Gesetzentwurf für eine **Invaliditäts- und Arbeiterrente** zu Stande gekommen. Der Erste Weltkrieg machte aber diesem Bestreben ein Ende.

Vorkriegszeit und Erster Weltkrieg (1908–1918)

Kurze Erfolge

Nach der Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts schien es, als würden die Gewerkschaften in Verbindung mit den Arbeitervertretern im Parlament die Lage der Arbeiterschaft wesentlich verbessern können. Die **Zahl der Kollektivverträge nahm zu**, und der **Mindestlohn** konnte **gehoben** werden. Um das Jahr **1910** war in den Betrieben Österreichs der **Zehnstundentag** durchgesetzt.

Anmerkungen

Wahlergebnis 1907

Wirtschaftsdemokratie sichert politische Demokratie

1906: Angestelltenpensionsgesetz

Mehr Kollektivverträge
Zehnstundentag

Anmerkungen

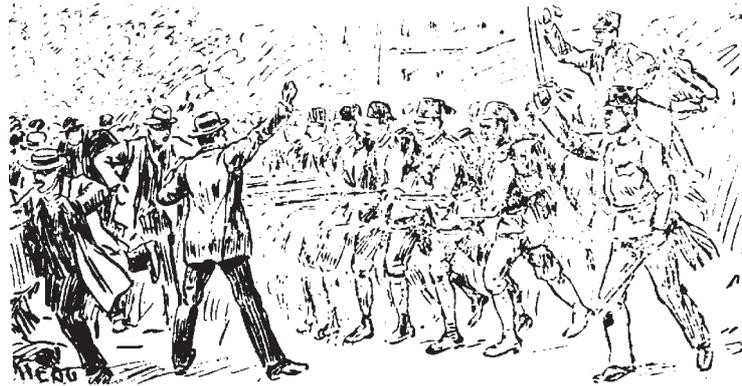
TeuerungsDemonstrationen

Kriegsgefahr

Die **Annektion von Bosnien und der Herzegowina** hätte fast zum Weltkrieg geführt. Nochmals konnte auf internationaler Ebene für einige Jahre die latente Weltkriegsgefahr hinausgeschoben werden. Die **Schatten eines Weltkriegs** lagen aber seither über Österreich.

Radikalisierung

Das war für manche Spekulanten und Profitjäger ein Grund, um Lebensmittel und Rohstoffe zu horten. Dieses Vorgehen verteuerte die Lebenshaltung, vor allem der arbeitenden Bevölkerung. Da sich die Lage **1911** auch durch eine **Wirtschaftskrise** verschlechterte, wurde die Teuerung für die Arbeiter unerträglich. Es kam zu Streiks und Demonstrationen. Eine zunehmende Radikalisierung war die Folge.



Tote bei Teuerungs-
demonstrationen

Die Gewerkschaften bemühten sich, die TeuerungsDemonstrationen in geordneten Bahnen zu halten. Doch die **Regierung** stellte ihr **Militär und Polizei** entgegen. Es kam zu Zusammenstößen, die viele Todesopfer forderten.

Kriegshetze

Begleiterscheinung dieser Zustände war die politische Radikalisierung. Gewisse politische Kreise schürten die **Kriegshysterie**. Die **Gewerkschaften und Arbeitervereine** antworteten mit **Versammlungen gegen den Krieg**, um die Arbeiterschaft aus der angefachten Kriegsbegeisterung herauszuhalten. Darauf wurden die Arbeiter als „vaterlandslose Gesellen“ verschrien.

Gewerkschaftliche
„Friedenspolitik“

In dieser Stimmung wurde der beliebte sozialdemokratische Abgeordnete **Franz Schuhmeier** von einem Christlichsozialen erschossen. Mit diesem Terror gegen die Arbeiter und ihre Funktionäre begann die herrschende Klasse sonderbare Wege zu beschreiten, die dann in der Ersten Republik verhängnisvoll werden sollten.



Der Ottakringer
Arbeiterfunktionär
Franz Schuhmeier

Der Erste Weltkrieg bricht aus

Die organisierte gewerkschaftliche Kraft reichte nicht aus, um den Krieg zu verhindern. Der **Erste Weltkrieg (1914–1918)** brachte besonders für die arbeitende Bevölkerung schwere Zeiten. Dabei herrschten zu Beginn des Weltkriegs denkbar **ungünstige politische und wirtschaftliche Zustände**. Ministerpräsident Graf Stürgkh hatte das Parlament bereits im März 1914 ausgeschaltet und regierte mit dem berühmten **Notstandsparagrafen 14**. In Österreich bestand daher eine Art Diktatur.

Diktatur mit
Notstandsparagrafen

Die Situation der Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg

Die Mobilisierung und die Außerkraftsetzung vieler Gesetze brachten die Gewerkschaften in eine bedrängte Lage. Sie waren zwar gegen den Krieg eingestellt, konnten ihn jedoch nicht verhindern. Die Gewerkschaften mussten sich darauf umstellen, die durch den Krieg verursachte Not unter der Arbeiterschaft lindern zu helfen.

Vor allem galt es, das schamlose Treiben der Kriegsgewinnler zu bekämpfen.

Einrückungen und die Einweisung vieler Arbeiter in kriegswirtschaftliche Betriebe schwächten die Freien Gewerkschaften: Bis 1916 verloren sie 60 % ihrer früheren Mitglieder. Bei den christlichen Gewerkschaften betrug dieser Verlust bis 80 %.



Die Freien Gewerkschaften verloren zwar den Großteil ihrer Mitglieder, aber der **Anteil der organisierten Frauen nahm deutlich** zu. Denn die Frauen mussten die Arbeitsplätze der in den Krieg geschickten Männer ausfüllen. Der Frauenanteil blieb auch in der Ersten Republik höher als vor dem Ersten Weltkrieg; immer mehr Arbeiterfrauen und weibliche Angestellte lernten, dass für sie gewerkschaftliche Organisation ebenso wichtig ist wie für die männlichen Kollegen.

In den **kriegswirtschaftlichen Betrieben** versuchten die Unternehmer unter den verschiedensten Vorwänden, den Arbeitern die **Löhne**, die ohnehin durch die schleichende Inflation hinter den Preisen zurückblieben, weiter zu **drücken**. Sie zahlten „**Soldatenlöhnung**“, obwohl sie den vollen Preis für die Rüstungsgüter von der Regierung verlangten. Viele dieser **Betriebe** waren als „**staatlich geschützt**“ erklärt worden; sie standen **unter militärischer Verwaltung**. Das Koalitionsrecht wurde in solchen Betrieben aufgehoben, und die Unternehmer übten mit den Vertretern der Militärbehörden eine Willkürherrschaft aus.

Viele **Gewerkschaftsfunktionäre** waren **eingerrückt**. Die Behörden gestatteten **nur selten Gewerkschaftstagungen**. Erst 1916 gelang es den Gewerkschaften, manche Auswüchse der Profitgier und Härten des Krieges von den Arbeitern und ihren Angehörigen abzuwenden. Vor allem bemühten sich die Gewerkschaften, bessere Unterstützungen für die Familien der Eingerrückten zu erreichen.

Anmerkungen

Schwächung der Gewerkschaften

Zunahme des Frauenanteils unter den Gewerkschaftsmitgliedern

Kriegswirtschaftliche Betriebe: Lohndruck

Militärische Verwaltung: Koalitionsrecht aufgehoben

Gewerkschaften können nur wenig tun

Anmerkungen

Lebensmittelknappheit herrschte an der Front und im Hinterland. Als der Angriffskrieg der Mittelmächte gestoppt wurde, begann der zermürbende Stellungskrieg.

Unmut gegen Gewerkschaften

Diese Situation machte die Arbeiter missmutig. Der Unmut richtete sich nicht zuletzt gegen die eigenen Organisationen und Gewerkschaften, die ohnmächtig am Boden lagen. Das bereitete den Gewerkschaftsfunktionären, soweit sie nicht eingerückt waren, große Sorgen.

Attentat auf den Ministerpräsidenten

In dieser Situation **erschoss** FRIEDRICH ADLER **im Oktober 1916** den **Ministerpräsidenten** GRAF STÜRCKH, um die Arbeiter, vor allem aber die Regierenden, aufhorchen zu lassen: Das Maß war voll, es musste etwas unternommen werden, um dem wahnsinnigen Völkermorden ein Ende zu bereiten.

Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht



Der Sohn Victor Adlers gehörte zu jener kleinen Gruppe in der österreichischen Arbeiterbewegung, die es von Anfang an abgelehnt hatte, auch nur scheinbar mit dem Krieg führenden Regime gemeinsame Sache zu machen. Als Sozialist, für den die Parole von 1848 „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ noch immer entscheidende Bedeutung hatte, hielt er es für Wahnsinn, dass sich die Arbeiterschaft der Krieg führenden Staaten von ihren Regierungen als „Kanonenfutter“ gegeneinanderhetzen ließ, statt gemeinsam für eine neue Gesellschaftsordnung zu kämpfen. Ein „Soldatenlied“ aus dem Jahr 1916 drückt diese Überzeugung so aus:

Soldaten, ruft's von Front zu Front:
„Es ruhe das Gewehr!“
Wer für die Reichen bluten sollt',
kann's für die Seinen mehr.
Ihr drüben, auf zur gleichen Pflicht,
Vergesst den Freund im Feinde nicht!
In Flammen ruft der Horizont
nach Hause jedes Heer.
Lebt wohl, ihr Brüder. Hier die Hand,
dass endlich Friede sei.
Nie wieder reiß' das Völkerband
in blut'gem Krieg entzwei!
Gewinnen wir die Heimatschlacht,
dann fallen Grenzen, stürzt die Macht.
Und alle Welt ist Vaterland
und alle Welt ist frei.

Der Angeklagte wird zum Ankläger der „Kriegspartei“

Als Angeklagter vor Gericht wurde Friedrich Adler zum schonungslosen Ankläger, der endlich all das aussprach, was jahrelang niemand in der Öffentlichkeit zu sagen **gewagt** hatte. **Und er erreichte sein Ziel: Die Arbeiterbewegung schüttelte ihre Resignation ab und begann wieder zu kämpfen.**

Friedenspolitik ist heute, im Zeitalter der Atomwaffen, aktueller denn je. Aber was bedeutet das eigentlich, „Frieden“? Heißt das einfach, dass man sich nicht einmischen soll, den Dingen ihren Lauf lassen und den Mund halten soll, damit niemand einen Grund hat loszuschlagen, auch wenn es darum geht, Ungerechtigkeit zu beseitigen? Sollen zum Beispiel die Gewerkschaften in der Dritten Welt der Ausbeutung durch manche Diktatur zusehen, damit sie nicht in Gefahr geraten, in die Illegalität gedrängt zu werden und womöglich mit der Waffe in der Hand gegen das Regime kämpfen zu müssen?

Neue gewerkschaftliche Aktivität

Im Jahr 1917 wendete sich das Blatt des innerpolitischen Geschehens, und damit trat auch ein Wandel in den Bedingungen für die Gewerkschaften ein. Mit der **Russischen Revolution** brach eine Front zusammen, und **das Ende des Krieges wurde sichtbar**. Die Herrschenden wurden unsicher. Die Arbeiterschaft verlor ihre Niedergeschlagenheit und stellte sich wieder hinter ihre Gewerkschaften, deren Parolen wieder befolgt wurden.

Die **Gewerkschaften** wurden zur **einzigen innerpolitischen Kraft**, die zusammen mit der **politischen Arbeiterbewegung** Ordnung in das Chaos, das sich abzuzeichnen begann, **bringen konnte**.

Der Jännerstreik 1918

1917 und 1918 kam es zu **zahlreichen Streikbewegungen**, besonders in der Metallindustrie. Im **Jänner 1918** legten die Daimlerarbeiter wegen der Kürzung der ohnehin knappen Lebensmittelrationen in Wiener Neustadt die Arbeit nieder. Der **Streik** weitete sich auf andere Industriezweige aus und dauerte **volle acht Tage**. Die Regierung wagte es nicht mehr, Militär aufzubieten, und verhandelte mit den Gewerkschaftsfunktionären über eine Beilegung des Streiks.

Die Gewerkschaften konnten **Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den kriegswirtschaftlichen Betrieben** erreichen, sowie die Wahl von Vertrauensleuten, den Vorläufern der Betriebsräte.

Der Zusammenbruch der Monarchie

Das „Kriegsglück“ hatte Österreich seit 1916 verlassen. **Die Fronten brachen zusammen**. Die Früchte der **verfehlten Nationalitätenpolitik** der Habsburger begannen zu reifen: die Monarchie löste sich im **Herbst 1918** in ihre nationalen Bestandteile auf. Im **Oktober 1918** blieb von der alten Monarchie **nur ungefähr das heutige Österreich** zurück.



Jede Figur = 1 Million Soldaten (Tote, Invalide, übrige Heimkehrende)

1917: russische Revolution

Die Arbeiterschaft wacht auf

Regierung verhandelt

Die Nationalstaaten im Donaauraum entstehen



6. Warum war – trotz der Erlaubnis zur Vereinsgründung, die mit dem Vereinsgesetz von 1867 erteilt worden war – die Gründung von Gewerkschaften bis 1870 nicht möglich?



7. Wie sah die Situation der österreichischen Arbeiterbewegung aus, als sich Victor Adler ihr anschloss? Und warum war seine Rolle für ihre Entwicklung so wichtig?



8. Welche Bedeutung hatte die Einigung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Österreichs auf dem Parteitag von Hainfeld für die Gewerkschaftsbewegung?



9. Was waren die wichtigsten Erfolge der Gewerkschaftsbewegung in der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs? Und auf welchem Gebiet konnte sie nur wenig erreichen?



10. Warum konnte die während des Weltkriegs ohnmächtige Gewerkschaftsbewegung 1917 wieder aktiv werden?

Die Gewerkschaften in der Ersten Republik (1918–1934)

Wiederaufbau und rechtliche Gestaltung der Republik (1918–1920)

Die Arbeiter übernehmen die Führung im Staat

Als die Monarchie in ihren letzten Zügen lag, versammelten sich die deutschen Abgeordneten Österreich-Ungarns zur **provisorischen Nationalversammlung**. Obwohl die Sozialdemokraten in dieser Versammlung nur eine Minderheit waren, wurde eine Regierung unter ihrer Führung gebildet. **Staatskanzler** wurde der Sozialdemokrat und Freund der Gewerkschaften **Dr. Karl Renner**. In der provisorischen Koalitionsregierung hatten die Sozialdemokraten die entscheidenden Positionen inne.

Mit den Sozialdemokraten **gewannen** auch die **Freien Gewerkschaften an Einfluss**. Das zeigte die Bestellung des Spitzenfunktionärs der Textilarbeitergewerkschaft, **Ferdinand Hanusch**, zum Staatssekretär für soziale Verwaltung.

Erstmals in der Geschichte Österreichs trat die organisierte Arbeiterschaft in die Regierung ein und übernahm in ihr die Hauptverantwortung. Das besitzende Bürgertum spielte in den Jahren 1918/19 nur eine zweitrangige Rolle.

Die Gewerkschaften helfen beim Wiederaufbau

Am 12. November 1918 wurde die Republik feierlich proklamiert.

Da die organisierte Arbeiterschaft zunächst die Spitzenpositionen in der neuen Regierung hatte und die Freien Gewerkschaften eng mit der Regierung zusammenarbeiteten, konnten **in den knappen zwei Jahren von 1918 bis 1920 die Grundlagen der politischen Demokratie und vor allem eine Fülle von sozialen Gesetzen geschaffen werden**, die heute den Hauptbestandteil unserer Sozialgesetzgebung bilden.

Politisch konnte die Demokratie mit der Einführung des **Frauenwahlrechtes** und der Ausdehnung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes auch auf die **Gemeindewahlen** und die **Wahlen zu den Landtagen** gesichert werden.

Die Arbeiterbewegung und die **Gewerkschaften** erwiesen sich **als Elemente der Ordnung** in den Wirren der schweren ersten Jahre der jungen Republik. Da die Arbeiterschaft für den Aufbau eines neuen Staatswesens notwendig war, ließ das Bürgertum die Führer der Arbeiterschaft bei der Schaffung des Sozialwerkes gewähren. Doch mehrten sich bereits im zweiten Jahr der Republik die Stimmen, die davon sprachen, später den „**revolutionären Schutt**“ wegzuräumen.

Das junge Staatswesen musste nach innen und außen gesichert werden. Die **Grenzen** waren **bedroht**. Erst die Volksabstimmung in **Kärnten** und die Übernahme des **Burgenlandes** konnten die Grenzen Österreichs stabilisieren. Die Gefahren im Inneren konnten von der organisierten Arbeiterschaft, den Freien Gewerkschaften und der Volkswehr abgewehrt werden.

Anmerkungen

Provisorische Regierung unter sozialdemokratischer Führung

Staatskanzler Renner

Frauenwahlrecht
Demokratisierung der Landtags- und Gemeinderatswahlen

Gerede vom „revolutionären Schutt“

Grenzkonflikte Kärnten/Burgenland



Ferdinand Hanusch
Gewerkschafter,
Leiter des Staatsamts
für soziale Fürsorge,
Sozialminister

Arbeitslosenunterstützung
Achtstundentag
Betriebsrätegesetz (1919)

Arbeiterkammer-
gesetz (1920)

Ferdinand Hanusch und die sozialen Gesetze der Ersten Republik

Zielbewusst halfen die Gewerkschaften, die Nachkriegswirren zu beseitigen und von der Kriegs- zur Normalwirtschaft überzuleiten. Sichtbarer Ausdruck dieser Bestrebungen war das Sozialwerk von Ferdinand Hanusch.

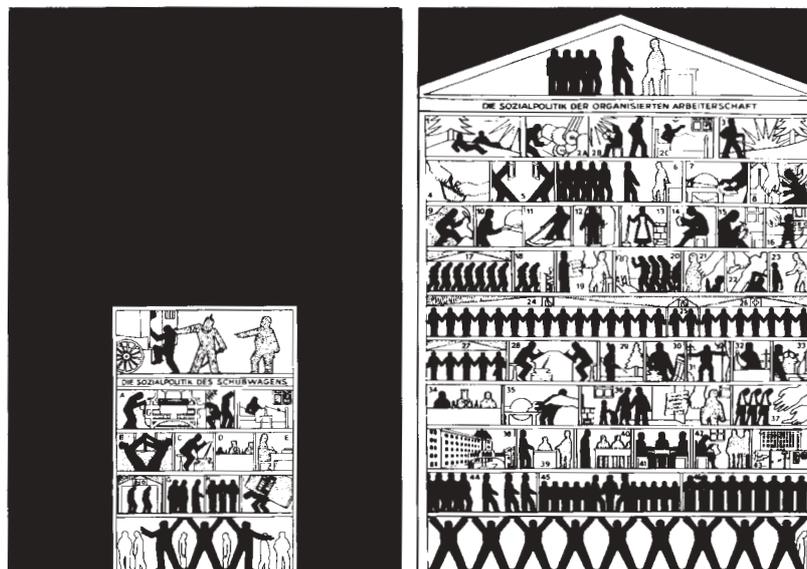
Seit Ferdinand Hanusch, der Webergeselle und Sekretär der Union der Textilarbeiter, am 30. Oktober 1918 das Staatsamt für soziale Fürsorge übernahm und später in der Koalitionsregierung der Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen Sozialminister wurde, begann er, sein Werk Stück um Stück aufzubauen:

Arbeitsämter wurden errichtet; diese sorgten für die **Eingliederung der von der Front zurückströmenden Massen** in den Arbeitsprozess. Den vielen Arbeitslosen sicherte die Arbeitslosenunterstützung ein Existenzminimum. Der **Achtstundentag**, die alte Forderung der Arbeiter, wurde eingeführt. Es folgten das **Betriebsrätegesetz**, das **Urlaubsgesetz**, das **Arbeiterkammergesetz**, das **Verbot der Kinderarbeit**, die **Regelung der Nacharbeit bei Frauen und Jugendlichen**, die **Abschaffung des Arbeitsbuches**, das **Kollektivvertragsgesetz** und viele andere Gesetze, die Österreich zu einem Sozialstaat machten. Die **Arbeiterkammern** wirkten als **verlängerter Arm der Gewerkschaften**.

Die Entwicklung der Sozialpolitik in Österreich

vor 1918

nach 1918



Die Sozialpolitik des Schubwagens

- | | |
|--|--|
| A. Der lange Arbeitstag | F. Arbeiterkranken- und Unfallversicherung |
| B. Die alte Gewerbeordnung | G. Vertrauensmänner |
| C. Angestelltengesetz | H. Gewerkschaften |
| D. Gewerbegericht | J. Das Arbeitsbuch |
| E. Gewerbeinspektion, Arbeitsbeirat und sozialpolitische Sektion im Handelsministerium | |

Die Sozialpolitik der organisierten Arbeiterschaft

- | | |
|---|---|
| 1. Sonntagsruhe | 25. Landarbeiterversicherung |
| 2. a) 8 Stunden Arbeit | 26. Arbeiterunfallversicherung |
| b) 8 Stunden Muße | 27. Angestelltenversicherung |
| c) 8 Stunden Schlaf | 28. Angestelltengesetz |
| 3. Arbeiterurlaub | 29. Gutsangestelltengesetz |
| 4. Abschaffung des Arbeitsbuches | 30. Journalistengesetz |
| 5. Reform der Gewerbeordnung | 31. Schauspielergesetz |
| 6. Der Kollektivvertrag | 32. Pharmazeutengesetz |
| 7. Technischer Arbeiterschutz | 33. Erfinderschutz |
| 8. Beschränkung der Nacharbeit | 34. Ausbau der Gewerbegerichte |
| 9. Bergarbeiterschutz | 35. Reform der Gewerbeinspektion |
| 10. Bäckereiarbeiterschutz | 36. Mieterschutz |
| 11. Reform der Landarbeiterordnungen | 37. Invalidenfürsorge |
| 12. Hausbesorgerordnung | 38. Ministerium für soziale Verwaltung |
| 13. Hausgehilfengesetz | 39. Einigungsamt |
| 14. Schutz der Frauenarbeit | 40. Industrielle Bezirkskommission |
| 15. Heimarbeiterschutz | 41. Gehilfenausschuss |
| 16. Kinderschutz | 42. Heimarbeiterkommission |
| 17. Arbeitslosenversicherung | 43. Mitwirkung der Arbeiterschaft bei Durchführung der Handelsstatistik, Zollvorschriften und Währungspolitik |
| 18. Arbeitsvermittlung | 44. Vertrauensmänner und Betriebsräte |
| 19. Erhaltung des Arbeiterstandes in gewerblichen Betrieben | 45. Arbeiterkammern |
| 20. Inlandarbeiterschutz | 46. Gewerkschaften |
| 21. Lehrlingsentschädigung | |
| 22. Lehrlingsschutz | |
| 23. Berufsberatung | |
| 24. Arbeiterkrankenversicherung | |

Nach dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung im Jahr 1920 war auch der Einfluss der Freien Gewerkschaften gebrochen, und die Fortsetzung der sozialen Gesetzgebung nahm ein Ende. Erst in der Zweiten Republik sollte dieses Werk nach seiner Wiederherstellung fortgesetzt werden.

Die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen nach Kriegsende

Wie demokratisch und staatsbewusst die Gewerkschaften waren, bewies der **1. Gewerkschaftskongress in der Ersten Republik** im November 1919. In einer Denkschrift wurde eingehend die Lage der Arbeiterschaft geschildert und an die internationale Solidarität appelliert, Österreich aus der trostlosen wirtschaftlichen Lage herauszuhelfen.

Die Gewerkschaften protestierten gegen die drückenden Bestimmungen des Friedensvertrags und ersuchten die führenden Arbeiterfunktionäre der Westmächte, sich dafür einzusetzen, dass Österreichs Selbstständigkeit und Lebensfähigkeit gesichert werde.

Infolge der Kohlennot und des Mangels an Rohstoffen und Nahrungsmitteln litt besonders die Arbeiterschaft bittere Not. **In Skandinavien, England und anderen Ländern begannen Arbeiter zu sammeln; sie leisteten freiwillige Überstunden, um in solidarischer Verbundenheit den österreichischen Arbeitern zu helfen.** Eine Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes kam nach Österreich und untersuchte die Lage. Dieser Kommission hatte Österreich es zu verdanken, dass seine Probleme in der Welt immer mehr Beachtung fanden und dass es 1923 zur **Auslandshilfe** kommen konnte; diese sanierte Österreichs Wirtschaft, die unter der Inflation

Anmerkungen

Hilfe der internationalen Gewerkschaftsbewegung

IGB-Kommission

Anmerkungen	litt, allerdings unter beinhalten Bedingungen und auf Kosten der Arbeitnehmer.
Inflation	Die Inflation war in Österreich als Folge der Umstellung der Wirtschaft vom Großraum (50 Millionen Einwohner) zu einem kleinen Staatswesen (6 Millionen) und der drückenden Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint-Germain besonders arg. Hier wurde ein Beitrag der Freien Gewerkschaft zur Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft sichtbar, der dem Beitrag des heutigen ÖGB in der Zweiten Republik ähnlich war. Die Rolle der Gewerkschaften in der Zeit von 1918 bis 1920 wäre unvollständig aufgezeigt, würden wir nicht auch die wirtschaftlichen Maßnahmen in dieser Zeit zumindest kurz beleuchten:
Wucher und Teuerung	Kaum waren die ersten wirtschaftlichen Grundlagen gelegt, mussten die Gewerkschaften vor allem gegen den Wucher und gegen die Teuerung etwas unternehmen. Die Löhne blieben immer mehr hinter den Preisen zurück. Die Gewerkschaften mussten, ähnlich wie 1947 bis 1951 (die fünf Lohn-Preis-Übereinkommen, siehe dazu Skriptum GK 3) , die Löhne ständig den davon galoppierenden Preisen anpassen. Das geschah durch Einführung der „gleitenden Lohnskala“ .
Gleitende Lohnskala	Dieser gewerkschaftliche Kampf gegen die Inflation war sehr schwer, denn es herrschte große Warenknappheit, die den Wucherern und Schleihhändlern horrenden Gewinne auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ermöglichte.
Auslandskredite	Sorgten die Arbeitsämter für die Überleitung zum normalen Leben, so versuchte man durch Auslandskredite für den Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen , vor allem von Kohle, unsere Wirtschaft in Gang zu bringen. Das war nicht leicht, denn die Nachfolgestaaten standen uns feindlich gegenüber. Auch hier half die internationale Solidarität der Gewerkschaften.
Sozialisierungsprogramm	1919 wurde ein Sozialisierungsprogramm beschlossen. Die Grundstoffindustrie und der Bergbau sollten verstaatlicht werden. Doch dazu kam es nicht mehr, weil sich das besitzende Bürgertum dagegen zur Wehr setzte.
Nach 1945 realisiert – verstaatlichte Industrie	Erst nach dem Zweiten Weltkrieg konnte unter Einfluss der Großbanken auch dieses Werk vollendet werden.

Als der Einfluss der Freien Gewerkschaften mit dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung 1920 gebrochen wurde, stand ein vorbildliches Sozialgesetzgebungswerk da. Leider war der Solidaritätsgedanke in der Wirtschaft nur schwach verankert. Bloß einige gemeinwirtschaftliche Anstalten (Arsenalwerke, Heilmittelstelle und Brunner Glasfabrik) zeigten den noch zu beschreitenden Weg von der Profitwirtschaft zur Gemeinwirtschaft an. Eine spätere Generation sollte hier fortsetzen.

Arbeiterbewegung in der Opposition (1920–1934)

Der Einfluss des Besitzbürgertums stieg und drängte die in den **Freien Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft in die Opposition**.

Nach 1920 begann ein **14 Jahre dauernder Kampf** um die Sicherung der sozialen Gesetze und der demokratischen Einrichtungen.

Noch waren die Freien Gewerkschaften eine starke Bastion. Ende 1918 hatten sie 400.000 Mitglieder. 1920 stieg die Mitgliederzahl auf 1.080.000. Damit war der höchste Stand in der Republik erreicht.

Es gelang dem Bürgertum zunächst **nicht**, seinen Plan zur **Beseitigung der sozialen Gesetze** zu verwirklichen. **Aber die sozialpolitische Tätigkeit war gestoppt.**

Stillstand der Sozialgesetzgebung

Die soziale Gesetzgebung war zum Stillstand gekommen, und die Versuche nahmen zu, die sozialen Errungenschaften der ersten Republikjahre zu verschlechtern. Nur die starke Abwehrbereitschaft der Gewerkschaften konnte dieses Vorhaben zunichte machen.

Für **1927** war die **Alters- und Invalidenrente für Arbeiter versprochen** worden; ihr Inkrafttreten **war aber an eine Abnahme der Arbeitslosenzahl gebunden**. Unter dem Druck der Gewerkschaften musste **Bundeskanzler Seipel**, der mit einigen Unterbrechungen von **1922 bis 1929** an der Spitze der Regierung stand, eine **Altersfürsorgerente** einführen. Diese war **um ein Drittel geringer** als die Arbeitslosenunterstützung.

Wirtschaftspolitik: Die umstrittene Sanierung

Der Weltkrieg 1914 bis 1918, dann der Abfall der nichtdeutschsprachigen Völker von der Donaumonarchie hatten die österreichische Wirtschaft erschüttert und die Währung fast völlig entwertet.

Es waren daher tief greifende Maßnahmen notwendig, um die Wirtschaft einigermaßen zu konsolidieren und eine **neue, möglichst stabile Währung zu schaffen**.

Da die Sozialdemokraten zu dieser Zeit der Regierung nicht mehr angehörten, wurde die von Bundeskanzler Seipel 1922 in Genf **beim Völkerbund vereinbarte Sanierung der österreichischen Währung** mit Hilfe einer Völ-

Anmerkungen

Altersversorgung für Arbeiter nur auf Papier

Ersatz: Fürsorgerente

Sanierung durch Völkerbundanleihe – arbeitende Menschen besonders belastet



KONVERTIERUNG DER DOLLARSCHATZSCHEINE DER 8% IGEN
ÖSTERREICHISCHEN GOLDANLEIHE 1922 IN VÖLKERBUNDANLEIHE

Anmerkungen

kerbundenleihe von der nunmehrigen bürgerlichen Regierung **nach bürgerlichen Wirtschaftsgrundsätzen durchgeführt**, sodass sie die arbeitenden Menschen besonders schwer belastete.

Freie Gewerkschaften
gegen
„Genfer Sanierung“

Die Sozialdemokraten und die Freien Gewerkschaften traten zur „Genfer Sanierung“ und damit zur Regierung in extreme Opposition. Es war aber auch nicht zu übersehen, dass **weite Kreise des Kleinbürgertums**, das im Weltkrieg viel Kriegsanleihe gezeichnet hatte, jedoch noch Ersparnisse besaß, mit der Inflation und den harten Bedingungen der Sanierung einem **Verarmungsprozess** anheim fielen, der später, beim Aufkommen kleinbürgerlicher, demagogischer Parolen mit dem *Nationalsozialismus*, eine bedeutende Rolle spielen sollte.

Im Dezember **1924** wurde der **österreichische Schilling eingeführt** (10.000 Kronen = 1 Schilling).



Dr. KARL RENNER stellte **1923** Folgendes fest: „Die Währung und die Staatswirtschaft sind auf Kosten der Massen des arbeitenden Volkes, der geistigen und manuellen Arbeiter saniert worden.“

Steuerschraube

Die Arbeiterschaft zahlte durch **Arbeitslosigkeit** und **Verteuerung der Lebenshaltung**. Die Regierung zog die Steuerschraube an.

Börsenkrach 1924

Zugleich aber konnten Spekulanten ihr Unwesen treiben. 1924 kam es zu einem Börsenkrach. Die **Banken** benützten diesen Umstand, um einen großen **Beamtenabbau** durchzusetzen. Verschärft wurde die Situation auf dem Arbeitsmarkt durch eine plötzliche **Welle der Rationalisierung der Betriebe**. Die Arbeitslosigkeit nahm zu. Die **Erbitterung der Arbeiterschaft** wuchs. Ausdruck dieses Zustandes waren die **zahlreichen Streiks**.

Rationalisierung,
verschärfte
Arbeitslosigkeit

Die Freien Gewerkschaften bis 1930

Seit 1921 mussten die Gewerkschaften immer wieder Streiks führen, um gegen die Verschlechterung der Lebenshaltung anzukämpfen. Man lohnte es den Gewerkschaften schlecht, dass sie verantwortungsbewusst an der Beseitigung der Inflation mitgearbeitet hatten. Die Gewerkschaften sahen daher die Notwendigkeit einer Konzentration ihrer Kräfte.

1928 fasste der Gewerkschaftskongress den Beschluss, die lose Dachorganisation der Gewerkschaftskommission in einen **Bund der Freien Gewerkschaften** umzuwandeln. Damit war auch ein entscheidender Schritt in **Richtung des Industriegruppensystems** getan.

Diese organisatorische Umwandlung wurde **durch** die 1929 einsetzende **Wirtschaftskrise unterbrochen** und konnte **erst 1945 im ÖGB verwirklicht** werden. (Vor der Auflösung des Bundes der Freien Gewerkschaften im Jahr 1934 gab es – wie schon erwähnt – noch 42 angeschlossene Gewerkschaftsverbände.)

Die Konzentration der Gewerkschaftsbewegung war umso notwendiger, als die Unternehmer begannen, mit ihren „gelben“ Organisationen, den so genannten „Unabhängigen Gewerkschaften“, die Angehörigen der Freien Gewerkschaften zu terrorisieren.

1929 sah es für kurze Zeit so aus, als würde ein Ausgleich zwischen der organisierten Arbeiterbewegung und den Vertretern der Unternehmerschaft gelingen. Es kam eine Verfassungsänderung unter der **Mitwirkung der Sozialdemokraten** zu Stande (Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk). Doch die Ende des Jahres einsetzende Wirtschaftskrise zerbrach diese Annäherung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft.

1930 wurde das so genannte **Antiterrorgesetz** beschlossen, ein Gesetz, das **die Gewerkschaften behindern sollte**.

Andere Richtungsgewerkschaften

Während die Freien Gewerkschaften 1920 1,080.000 Mitglieder besaßen, hatten die **christlichen Gewerkschaften** bloß 79.000 Mitglieder. Die **nationalen Gewerkschaften** hatten eine Stärke von 45.000 Mitgliedern. Die Unternehmer begannen „gelbe“ **Organisationen** aufzuziehen. Diese hatten in den ersten Jahren 40.000 und erreichten bei der *Machtergreifung der Heimwehr (siehe nächstes Kapitel)* 1934 als „**Heimwehrgewerkschaften**“ etwa 70.000 Mitglieder.

Der Weg in den Faschismus

Heimwehren gegen demokratische Arbeiterbewegung

In Italien war **1922** der Faschist **MUSSOLINI** zur Macht gekommen. In Deutschland unternahm Hitler mit seinen Nationalsozialisten 1923 einen Putsch. Diese faschistischen Bestrebungen fanden die Unterstützung des Großkapitals und der Großgrundbesitzer.

In Österreich begannen die **Unternehmer**, besonders die der **Alpinen Montangesellschaft** und **adelige Großgrundbesitzer**, diese faschistischen Experimente nachzuahmen und eine **faschistische Söldnertruppe** aufzubauen. Hier bot sich die **Heimwehr**, nach dem Krieg zum Schutz der österreichischen Grenzen gebildet, wie von selbst an.

Die Stabilisierung an den österreichischen Grenzen hatte **die Heimwehr** funktionslos gemacht. Die Unternehmerschaft hauchte ihr neues Leben ein und gab ihr eine **Stoßrichtung gegen die Demokratie und gegen die organisierte Arbeiterbewegung**.

Als **Gegenbewegung** gründeten die Arbeiter den **Republikanischen Schutzbund** zum Schutze der Republik und der Demokratie. Beide Bewegungen verfügten über Waffen, und es kam öfter zu Zusammenstößen. Die Regierung des Bürgerblocks verschaffte der **Heimwehr nach und nach ein Übergewicht**; sie wurde mit Waffen aller Art ausgerüstet und durfte auch öffentlich mit ihnen auftreten. Verschiedene Abrüstungsvorschläge, zum Beispiel der des ehemaligen Staatskanzlers Dr. Karl Renner, scheiterten. Dadurch ergab sich eine latente Bürgerkriegsgefahr.

Am 15. und 16. Juli 1927 ging Österreich hart an einem Bürgerkrieg vorüber. **Angehörige des monarchistischen Frontkämpferverbands** hatten in **Schattendorf (Burgenland)** einen **Mann und ein Kind erschossen**, wurden jedoch am 14. Juli 1927 von einem Geschworenengericht **freigesprochen**, obwohl sie angegeben hatten, die Schüsse abgefeuert zu haben. Die Arbeiterschaft wollte sich diese einäugige „Recht“sprechung nicht länger gefallen lassen (es war ja nicht der erste Freispruch dieser Art); **in Wien** zogen **Tausende Arbeiter** spontan in die Innenstadt, um gegen das „Schandurteil“ zu **protestieren**. Die **Polizei** ging mit brutaler Gewalt gegen die Demonst-

Anmerkungen

„Gelbe Gewerkschaften“

Verfassungsänderung 1929: Volkswahl des Bundespräsidenten

Christliche Gewerkschaften

„Heimwehrgewerkschaften“ (= gelbe)

Faschismus in Italien

Nachahmung des „faschistischen Experiments“ Heimwehr

Republikanischer Schutzbund der Arbeiterbewegung

Bürgerkriegsgefahr

1927:
Justizpalastbrand

ranten vor und **schoss** in die unbewaffnete Menge. Während des Durcheinanders kam es zum **Brand des Justizpalasts**; es wird oft behauptet, dass die Demonstranten ihn angezündet hätten, in Wirklichkeit ist aber bis heute die **Brandursache** unbekannt.



Brand des Justizpalasts

Protest gegen das Schattendorf-Urteil

Der Brand des Justizpalasts und 85 Tote mahnten zur Umkehr. Niemand war da, der die verhärteten Fronten lockern und beide Lager zur Zusammenarbeit führen konnte.

Die Wirtschaftskrise

Verschärfte
Wirtschaftskrise

Die Freien Gewerkschaften wurden nicht nur mit dem *Antiterrorgesetz* (siehe oben) bekämpft, durch die steigende Arbeitslosigkeit wurden sie auch geschwächt. Die **Wirtschaftskrise verstärkte** sich. Die Bodenkreditanstalt brach zusammen, später auch die Credit-Anstalt.

Mitgliederrückgang
der Freien
Gewerkschaften

Die Regierung des Bürgerblocks legte den **Arbeitern und Angestellten** immer **mehr Opfer** auf. So wurde der **Widerstand** der Gewerkschaften **gegen die Regierung immer stärker**, doch litten die Freien Gewerkschaften wegen der Krise unter ständigem Mitgliederrückgang.

Hohe Arbeitslosigkeit

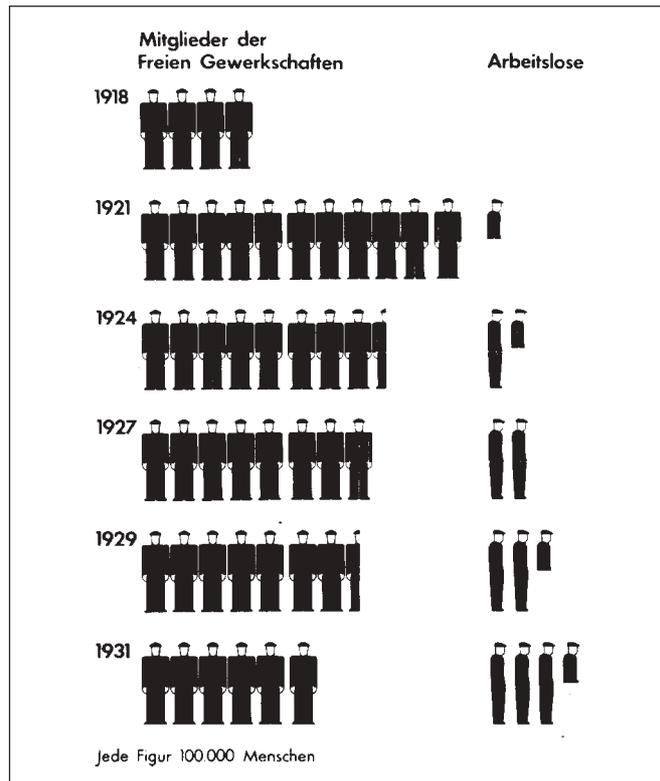
Im Jahr 1931 hatten die Freien Gewerkschaften nur noch 655.000 Mitglieder. In diesem Jahr betrug die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften 112.000. Vor der Auflösung im Jahr 1934 sank die Zahl der Mitglieder der Freien Gewerkschaften auf 480.000. Die christlichen Gewerkschaften erreichten vor der Selbstaflösung ihre höchste Stärke mit 130.000 Mitgliedern.

Die Arbeitslosenzahlen kletterten zu einer beängstigenden Höhe empor. 1933 betrug die Zahl der Arbeitslosen mit den „Ausgesteuerten“ 600.000.

Die **ständigen Drohungen der Heimwehr**, die Demokratie zu stürzen und eine faschistische Regierung zu errichten, **verhinderten** eine **Beruhigung**, die wirtschaftliche Lage wurde durch die politische Unsicherheit immer schlechter.

Nationalratswahlen
1930: Sozialdemokraten stärkste
Partei; keine
Koalition möglich

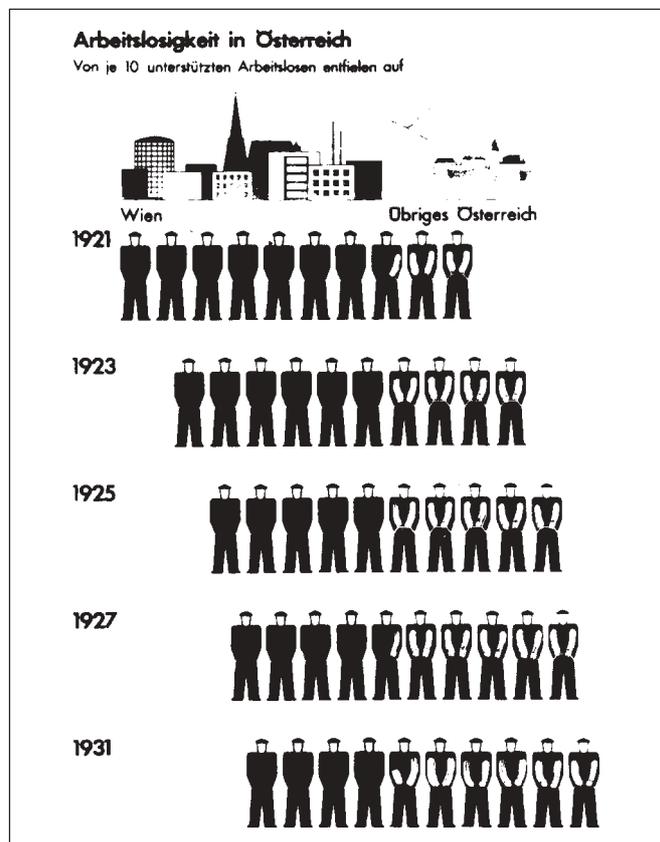
Bei den **letzten Nationalratswahlen** im Jahr 1930 wurden die **Sozialdemokraten die stärkste Partei**, doch die Heimwehren verfügten in Kreisen der Unternehmer bereits über so viel Einfluss, dass sie eine Koalitionsregierung unter Führung der Sozialdemokraten verhindern konnten. **Repressalien gegen** den Republikanischen **Schutzbund** schwächten dessen Abwehrkraft.



Arbeitslosigkeit verstärkt die Gefahr für die Demokratie

In der Wirtschaft rächte sich die langjährige Planlosigkeit. Die **Freien Gewerkschaften** legten **1931 der Regierung ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** vor. Doch die **Unternehmervertreter** lehnten jede Reform der Wirtschaft, die von den Arbeitern vorgeschlagen wurde, ab.

1931: Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgelehnt



Anmerkungen	Dass es auch anders gehen konnte, dass selbst in einer Krise Arbeitslosigkeit bis zu einem gewissen Grad „eingebremst“ werden kann, zeigt das Beispiel der seit Gründung der Republik sozialdemokratisch regierten Bundeshauptstadt , des „roten Wien“:
Das „rote Wien“	Wie die Bildstatistik zeigt, ging der Anteil Wiens an der Gesamtarbeitslosenzahl Österreichs von 1921 bis 1931 stetig zurück , während der Anteil der Bundesländer zunahm. Es wird so klar, welche Bedeutung eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Bekämpfung von Krisen hat. (Achtung! Heute wäre ein solcher Vergleich nicht mehr zu ziehen, da der Sozialstaat alle Landesteile – fast – gleichmäßig erfasst, während damals allein die Gemeinde Wien versuchte, ein Netz sozialer Sicherheit aufzubauen.)
Regierung gegen organisierte Arbeiterschaft	Ratlosigkeit in der Regierung paarte sich mit einer aggressiven Haltung gegenüber der organisierten Arbeiterschaft.
Radikalisierung nach Rechts	Die Zermürbung durch die Wirtschaftskrise brachte eine gewisse „ Wundergläubigkeit “ und Radikalisierung bei den Kleinbürgern und auch bei den Arbeitern. Davon konnte letzten Endes nur der Nationalsozialismus profitieren .
Austrofaschismus	Bis 1931 waren die Nationalsozialisten bei uns bloß eine kleine Sekte. Ihr Einfluss zeigte sich höchstens an den Hochschulen, aber ihre Parolen fielen in einem weit größeren Umfeld auf fruchtbaren Boden.
Die „schleichende Machtergreifung“ des Austrofaschismus	
Nach einem gescheiterten Heimwehrputsch im September 1931 spaltete sich die steirische Heimwehr, und der überwiegend größere Teil ging zum Nationalsozialismus über. Seit 1932 gab es für die Demokraten sowohl eine Heimwehrgefahr (Austrofaschismus) als auch eine nationalsozialistische Gefahr. Das Bürgertum schwankte zwischen beiden Lagern hin und her.	
Anstatt einen Ausgleich mit der organisierten Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zu suchen, entschied sich das österreichische Bürgertum unter Einfluss des Kapitals und der Großagrarier zu einem Zweifrontenkrieg sowohl gegen die Sozialdemokraten als auch gegen den Nationalsozialismus.	
Ab 1932: Dollfuß Bundeskanzler	Exponent dieser Politik wurde DR. ENGELBERT DOLLFUSS (seit 1932 Bundeskanzler). Als Hitler 1933 die Macht in Deutschland ergriff, steuerte Dollfuß unter dem Druck der Heimwehr auf eine Diktatur zu.
Ausschaltung des Parlaments	Er benützte einen günstigen Augenblick, das Parlament auszuschalten. Seine Regierung verfügte über 83 Abgeordnetensitze; 72 Sozialdemokraten und 10 Großdeutsche standen in Opposition. Im Zuge einer Abstimmung traten alle drei Präsidenten des Nationalrates zurück. Dieser Fall war in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Im März 1933 wurde das Parlament aufgelöst.
Vaterländische Front „Einheitspartei“	Seither regierte Dollfuß als Diktator mit dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz von 1917 mit Notverordnungen . Das Regime wendete sich vor allem gegen die organisierte Arbeiterbewegung und die Freien Gewerkschaften. Der Republikanische Schutzbund wurde aufgelöst und die Heimwehr immer mehr zu einer Art Hilfspolizei. Die im September 1933 gegründete „ Vaterländische Front “ sollte die einzige politische Organisation werden. Nachdem die kommunistische und die nationalsozialistische Partei bereits aufgelöst waren, sollte die Zerstörung der übrigen Parteien und der Freien Gewerkschaften folgen.

Dollfuß regiert gegen die Gewerkschaften

Seit März 1933 waren die **Freien Gewerkschaften** in ihrer Tätigkeit **behindert**. Gerade nach der 1931 erlassenen Enzyklika „Quadragesimo anno“ hätte man eine andere Haltung erwartet. Die Notverordnungen der Regierung Dollfuß beschränkten die Kollektivverträge, senkten die Löhne und Gehälter, verkürzten die Arbeitslosenunterstützungen, verlängerten die Arbeitszeiten und verschlechterten die Arbeitsbedingungen. Die Freien Gewerkschaften setzten sich, solange sie konnten, zur Wehr, doch die Arbeitslosigkeit hatte sie geschwächt.

Die **Heimwehr**, die im Mai 1930 ihren faschistischen „**Korneuburger Eid**“ geschworen hatte, schritt nun zur **Verwirklichung ihres Ziels**.

Letzter Versuch der Arbeiter, die Demokratie zu retten

Am 1. Jänner **1934** wurde den **Arbeiterkammern** durch Einsetzung eines Regierungskommissars die **Selbstverwaltung entzogen**, und der „**Arbeiter-Zeitung**“ wurde das **Kolportagerecht abgesprochen**.

Am **11. Februar 1934** sagte MAJOR FEY, der Stellvertreter Starhembergs und Sicherheitsminister, in einer Rede: „Die Aussprachen von gestern und vorgestern haben uns (der Heimwehr) die Gewissheit gegeben, dass Kanzler Dollfuß der Unsrige ist. Ich kann auch noch mehr, wenn auch nur mit kurzen Worten, sagen: Wir werden morgen an die Arbeit gehen!“

Nun konnte die organisierte Arbeiterschaft nichts anderes mehr tun, als sich am **12. Februar 1934** zu erheben, einen **bewaffneten Aufstand** gegen den Faschismus zu wagen und zu versuchen, die Demokratie zu retten. Die Verteidigung in Wien, Linz, Steyr, Bruck an der Mur und anderen Städten und Industriorten Österreichs brach nach vier Tagen des heroischen Kampfes zusammen.



Bilder vom Ende: **Obere Reihe:** Zerstörtes Parteiheim der Sozialdemokraten / Bundesheer im Sturm auf den Karl-Marx-Hof. **Untere Reihe:** Gefallener Schutzbündler in Bruck an der Mur / Der schwerverwundete Schutzbundführer Karl Münchreiter wird auf der Tragbare zum Galgen getragen.

Die Arbeiter unterlagen, 314 **Todesopfer** und 815 Verwundete auf beiden Seiten waren das Ergebnis des Bürgerkriegs. Es folgten **Todesurteile, Einkerkierungen**, Einweisungen in **Konzentrationslager** und andere Drangsalierungen.

Politik gegen Arbeitnehmer

12. Februar 1934:
Aufstand gegen den Faschismus

Die Arbeiterbewegung verliert den Kampf

Gewerkschaften in Illegalität und unter Verfolgung (1934–1945)

Verbot, Illegalität und Widerstand (1934–1938)

Auflösung der Freien Gewerkschaften

Die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei wurden aufgelöst. Ebenso alle anderen Organisationen, die mit ihnen in Verbindung standen. **Viele führende Männer der Freien Gewerkschaften mussten ins Ausland flüchten.**

Flucht vieler
Gewerkschafter

Ausschaltung der Betriebsräte und Einheitsgewerkschaft

Die ersten Taten des „autoritären Ständestaats“ richteten sich gegen die Reste der freigewerkschaftlichen Bewegung. Am 21. Februar 1934 wurden alle **sozialdemokratischen Betriebsräte ihrer Funktionen enthoben.**

Sozialdemokratische
Betriebsräte abgesetzt

Mitte des Jahres 1934 trat ein Bundesgesetz über Werksgemeinschaften in Kraft. Durch dieses Gesetz wurden **an Stelle** von Betriebsräten **Vertrauensmänner** bestellt.

Regimetreue
Vertrauensmänner

Die politisch Vorbestraften, auch wenn sie nur eine Verwaltungsstrafe zu verbüßen hatten, waren vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Beschlüsse der Vertrauensmänner hatten nur Gültigkeit, wenn auch der **Betriebsinhaber**, der in solchen Versammlungen den Vorsitz führte, zustimmte.

„Einheitsgewerk-
schaft“ des Regimes



Das Diktaturregime hatte die Absicht, an die Stelle der eben zerstörten Demokratie einen Ständestaat zu setzen. Es wollte auch möglichst viele Arbeiter in seinen Griff bekommen. Daher verordnete es am **2. März 1934 die Errichtung eines Gewerkschaftsbundes der Arbeiter und Angestellten**, um, wie es in der Begründung hieß, „im Geiste des Christentums, der sozialen Gerechtigkeit und Liebe zum Vaterland den Arbeitern und Angestellten eine wirksame Interessenvertretung zu sichern und ihre Eingliederung in den berufsständischen Aufbau der Gesellschaft vorzubereiten“. **Der neue Gewerkschaftsbund hatte also mit einer freien Interessenvertretung nichts zu tun.** Seine Funktionäre wurden

erstmalig vom Sozialminister, dem Heimwehrler Neustädter-Stürmer, ernannt. Präsident wurde der frühere christliche Gewerkschafter **JOHANN STAUD.**

Illegaler Bund der Freien Gewerkschaften

Schon im Februar und März bildeten sich **illegale Freie Gewerkschaftsgruppen**. Unter dem Einfluss der Sozialdemokraten kam es zum so genannten „illegalen“ Siebenerkomitee. Eine zweite illegale Gewerkschaftsgruppe war die Wiederaufbaukommission. Diese beiden Gruppen vereinigten sich schließlich zum **illegalen „Bund der Freien Gewerkschaften Österreichs“**, dem es gelang, in der Tschechoslowakei regelmäßig Konferenzen abzuhalten und in Brünn eine internationale Verbindungsstelle zu errichten.

Die illegalen Freien Gewerkschaften konnten auf breiter Basis eine Untergrundtätigkeit aufbauen und ein verbindliches Kampfprogramm aufstellen, weil die Regierung Dollfuß (Dollfuß wurde 1934 beim Naziputsch ermordet) und später die Regierung Schuschnigg im Volk nicht genügend Unterstützung fanden.

Im Jahr 1937 erkannte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften den illegalen „Bund der Freien Gewerkschaften“ als Vollmitglied an.

Viele ehemalige Funktionäre der Freien Gewerkschaften, die emigrieren mussten, arbeiteten in Brünn mit den Funktionären des illegalen österreichischen Gewerkschaftsbundes in der Heimat zusammen. Ein **illegales Zentralblatt** und viele **Fachblätter** wurden herausgegeben.



Die illegalen Revolutionären Sozialisten, die über eine illegale „Arbeiter-Zeitung“ in Kleinformat verfügten, arbeiteten mit dem illegalen Freien Gewerkschaftsbund eng zusammen.

Viele **Mitglieder des illegalen Freien Gewerkschaftsbundes** benützten die **legale Einheitsgewerkschaft als Basis** ihres Kampfes.

Rettungsversuch für Österreichs Freiheit

Einige Male traten die **illegalen Gewerkschaften** in Erscheinung und überreichten Dr. Schuschnigg, dem Nachfolger von Dollfuß, Memoranden, um die Regierung auf die wahre Stimmung der Arbeiter und Angestellten aufmerksam zu machen. **Sie forderten die Wiederherstellung der Demokratie** und Wiederherstellung freier Gewerkschaftsorganisationen. Gleichzeitig aber wurde die **Bereitschaft** der österreichischen Arbeiter bekundet, **für die von den Nazis bedrohte Freiheit Österreichs mit allen Mitteln zu kämpfen**.

Am 7. März 1938 fand **im Floridsdorfer Arbeiterheim eine Versammlung der im Untergrund tätigen Freien Gewerkschaften** statt. Unter den Delegierten: Karl Mantler, Friedrich Hillegeist, Otto Leichter, Rosa Jochmann. Das Angebot, das diese Konferenz – trotz Februar 1934 und Unterdrückung Schuschnigg machte, war der letzte Versuch, eine österreichische Front gegen den Hitlerfaschismus aufzubauen. Doch der Bundeskanzler zögerte selbst zu diesem Zeitpunkt.

Anmerkungen

Verbindungsstelle
in Brünn

Anerkennung
durch IGB

Zusammenarbeit mit
Revolutionären
Sozialisten

Memorandum
der illegalen
Gewerkschaften

Gemeinsame Front
gegen National-
sozialismus
befürwortet

Ohne Erfolg

Floridsdorfer
Arbeiterkonferenz

„Anschluss“ an
Nazi-Deutschland

Die ehemaligen
Gegner: gleichermaßen
Verfolgte



Österreich wird ausgelöscht

Die Machthaber waren zu schwach und auch nicht gewillt, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Als dann im März 1938 Dr. Schuschnigg – auf Forderungen der Arbeiter einging, war es zu spät. Ohne dass ein Schuss fiel, marschierte Hitler nach Österreich ein. **Die Selbstständigkeit Österreichs** wurde ausgelöscht.

Die Herrschaft des NS-Regimes und der antifaschistische Widerstand (1938–1945)

Terror der Naziherrschaft

Mit der totalen Machtergreifung Hitlers ging eine Verhaftungswelle durch das ganze Land, die alles Bisherige in den Schatten stellte. Nicht nur die Führer des **Austrofaschismus**, des **Klerus** und die **Juden** waren die Opfer, sondern auch alle bekannten Funktionäre der **illegalen Freien Gewerkschaften** und der **illegalen Revolutionären Sozialisten** wurden, soweit sie nicht ins Ausland flüchten konnten oder „untergetaucht“ waren, verhaftet.

In den Konzentrationslagern fanden sich Funktionäre der Einheitsgewerkschaft und des illegalen Bundes Freier Gewerkschaften wieder.

Die DAF und Nazi-Betriebsorganisationen

Hitler löste die Arbeiterkammern und die Einheitsgewerkschaften auf.

Die „**Deutsche Arbeitsfront**“ wurde errichtet, um die **Arbeiter und Angestellten**, zugleich jedoch auch die **Unternehmer**, in dem einzigen nazistischen Körper der Arbeit zu vergattern.

Die DAF war daher eine Rekrutierungsorganisation des Nazifaschismus und keine Arbeiterorganisation. An die Stelle der ständestaatlichen Werksgemeinschaften traten die nationalsozialistischen Betriebsorganisationen.

Gewerkschaftlicher Kampf in den Widerstandsgruppen

Die illegalen Freien Gewerkschaften und die illegalen Revolutionären Sozialisten mussten ihre Tätigkeit umstellen. **Viele Fäden der illegalen Arbeiterbewegung zerrissen.**

Es wurden Widerstandsgruppen errichtet, die meist auf sich selbst gestellt waren. Sie mussten äußerst vorsichtig arbeiten, denn die Nazinaderei blühte, und es ging um den Kopf. Widerstandsgruppen wurden **von den verschiedensten politischen Richtungen und früheren Gewerkschaften** errichtet. Waren es zuerst nur Freigewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten, die den Widerstand aufnahmen, folgten bald die christlichen Gewerkschafter, der Klerus, das Bürgertum und sogar die Bauern.

Die Not fügte die ehemals feindlich gegeneinander stehenden Gruppen zusammen. Damit war ein Weg angebahnt, der für die gewerkschaftliche Arbeit in der Zweiten Republik bestimmend wurde.

Auslandsvertretung der Freien Gewerkschaften

Im August 1939, mit Beginn des Zweiten Weltkriegs, verlegten viele führende illegale freie Gewerkschaftsfunktionäre auf Anraten des Internationalen Gewerkschaftsbundes ihre Tätigkeit ins Ausland. Die dort gebildeten Auslandsvertretungen nahmen die Unterstützung der Opfer des Faschismus und ihrer Familien auf und halfen den illegalen Widerstandsgruppen in der Heimat.

Opfer des Naziregimes

Gegen Ende des Kriegs wurde der Widerstandskampf gegen die Naziherrschaft härter. Viele Verhaftungen und Hinrichtungen, Einlieferungen in die Konzentrationslager, wo den Menschen die härtesten Torturen bevorstanden und fast keine Hoffnung auf Überleben bestand, dezimierten die Reihen der ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre. **Der Kampf in den Widerstandsgruppen konzentrierte sich immer mehr auf Sabotageakte**, um den Leidensweg abzukürzen, und in den letzten Tagen des Kriegs, um die Zerstörung von wertvollen Gütern zu verhindern.

Während der Naziherrschaft erfuhr man wenig über die Höhe der **Opfer für den Gedanken der Gewerkschaftsfreiheit**. Sie ging in die **Tausende**, wie Professor Herbert Steiner in einer Dokumentation der Nachwelt übermittelte.

Viele Funktionäre, heute im Gewerkschaftsbund tätig oder nach dem Zusammenbruch tätig gewesen, gingen durch den Terror des Faschismus, wurden für ihr Eintreten für die Demokratie und für die Gewerkschaftsidee gefoltert.

Viele kamen direkt aus dem Konzentrationslager, um sich dem Wiederaufbau Österreichs und des Gewerkschaftsbundes zur Verfügung zu stellen. Aus dem gemeinsamen Leid fassten diese Funktionäre der ehemals gegeneinander eingestellten Richtungsgewerkschaften den Plan für einen überparteilichen Gewerkschaftsbund. Eine neue Ära der Gewerkschaftsbewegung begann.

Anmerkungen

Nur vorsichtiger Widerstand möglich

Beginn des Zweiten Weltkriegs

Auslandsvertretungen

Ständige Lebensgefahr

Trotzdem Widerstand

Unter dem Druck des Nazi-Terrors entsteht die Fähigkeit zur Zusammenarbeit.

1945: Gründung des ÖGB



11. Welche Bedeutung hatte die Regierungsverantwortung der Arbeiterbewegung von 1919 bis 1920 für die Entwicklung Österreichs?



12. Welche Folgen hatte die Politik der bürgerlichen Parteien nach 1920 für die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung?



13. Worum ging es im Kampf der Arbeiterschaft am 12. Februar 1934 und welche Folgen hatte ihre Niederlage?



14. Worin bestand der Unterschied der Situation der illegalen Freien Gewerkschaften unter dem Austrofaschismus und des gewerkschaftlichen Widerstands unter der Herrschaft des Nationalsozialismus?

Beantwortung der Fragen

- F 1:** Die Gesellenbruderschaften entstanden, weil die Gesellen nach der Übernahme der wirtschaftlichen und politischen Macht in den Städten durch die zünftischen Meister und dem Einsetzen des Frühkapitalismus mit seinem Profitstreben ihre Interessen durch die zünftische Gesamtorganisation nicht mehr vertreten sahen. In Österreich ist die Existenz von Bruderschaften zum ersten Mal 1411 nachgewiesen.
- F 2:** Die Obrigkeit in der „Manufakturperiode“ stellte die Bruderschaften unter strenge Staatskontrolle, was praktisch ihre Auflösung bedeutete; es wurde vor allem ein generelles Koalitionsverbot ausgesprochen. Gleichzeitig bekamen die Gesellen aber auch die Erlaubnis, „nicht-zünftische Berufe“ auszuüben (zum Beispiel in einer Manufaktur zu arbeiten).
- F 3:** Unter „Lohnhandwerker“ versteht man abhängige gewerbliche Facharbeiter, die zwar ausgebeutet werden, aber doch ihre festgelegte und rechtlich gesicherte Stellung innerhalb der handwerklichen Produktion haben. „Proletarier“ sind die industriellen Lohnarbeiter im kapitalistischen System; sie haben kein Recht, außer jenes, ihre Arbeitskraft an jeden, der diese bezahlt, zu verkaufen; sie werden sich ihre Rechte erst erkämpfen müssen.
- F 4:** Die Revolution von 1848 brach aus, weil das Bürgertum, das sich unter dem Absolutismus wirtschaftlich entwickelt hatte, nicht länger auf die politische Mitsprache verzichten wollte. Gleichzeitig sprach die Forderung nach Demokratie auch die in unvorstellbarer Not lebenden Arbeiter an, die zunächst glaubten, dass die Demokratie auch ihnen wirkliche Gleichberechtigung bringen würde. Deshalb kämpfte die Arbeiterschaft auch gemeinsam mit den bürgerlichen Revolutionären, bis sie erkannte, dass diese zumeist nur ihre eigenen Interessen verfolgten.
- F 5:** Ferdinand Lassalle forderte die „Staatshilfe“, weil er meinte, dass die Arbeiter am meisten Erfolg im Kampf um ihre Ausbeutung hätten, wenn es ihnen gelingen würde, durch starke Organisationen die Staatsmacht zu beeinflussen. Deshalb forderte er Organisation der Arbeiterschaft, Kampf um das allgemeine Wahlrecht und um soziale Gesetzgebung.
- F 6:** Die Bildung von Gewerkschaften war trotz der Erlaubnis, Vereine zu gründen, bis 1870 nicht möglich, weil das Koalitionsverbot weiterhin bestand; erst mit dem Koalitionsgesetz von 1870 konnte die organisatorische Entwicklung der Gewerkschaften beginnen.
- F 7:** Als Victor Adler 1886 zur Arbeiterbewegung stieß, war sie unterdrückt, zerstritten, gespalten und daher völlig machtlos. Die Obrigkeit hatte anarchistische Attentate zum Anlass genommen, ihre Verfolgung der zumeist sozialdemokratisch gewordenen Arbeiterorganisationen weiter zu verschärfen. Die Arbeitermassen fühlten zwar die Notwendigkeit der Einigung, aber Victor Adler war der Erste, der es deutlich aussprach und es schließlich schaffte, die zerstrittenen Gruppen „an einen Tisch zu bringen“.
- F 8:** Die Einigung von Hainfeld führte dazu, dass nun auch die Freien Gewerkschaften von der Spaltung befreit waren und dass die Gewerkschaftsbewegung aufgerufen wurde, Massenorganisationen zu schaffen.

Anmerkungen

- F 9:** Die wichtigsten Erfolge der Gewerkschaftsbewegung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs waren das allgemeine, gleiche Männerwahlrecht (1907) und die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit durch das Durchsetzen von Kollektivverträgen. Die Sozialgesetzgebung blieb hingegen (nach den ersten Schritten zwischen 1880 und 1890) unbefriedigend.
- F 10:** Die Gewerkschaftsbewegung konnte 1917 wieder aktiv werden, weil die russische Revolution und das absehbare Ende des Krieges die Herrschenden unsicher machte und gerade diese Ereignisse auch die breite Masse der Arbeiterschaft aus ihrer Resignation aufweckten.
- F 11:** Die Regierungsbeteiligung der Arbeiterbewegung von 1918 bis 1920 bewirkte, dass die Grundlagen der politischen Demokratie und des Sozialstaats für Österreich geschaffen wurden.
- F 12:** Die Politik der bürgerlichen Parteien nach 1920 brachte der Arbeiterschaft zunehmend wirtschaftliche Not und soziale Unsicherheit: Die Lasten der Wirtschafts- und Währungsreform mussten in erster Linie die Arbeiter und Angestellten tragen, die Sozialgesetzgebung kam zum Stillstand, ihre bisherigen Errungenschaften wurden als „revolutionärer Schutt“ verteufelt. Als einzige Waffe, um für die Interessen der Arbeiterschaft zu kämpfen, blieb den Freien Gewerkschaften der Streik. Zudem wurde die Lage auch organisatorisch immer schwieriger, weil die steigende Arbeitslosigkeit ein Sinken der Mitgliedszahlen bewirkte. Daher mussten die Freien Gewerkschaften ihre Kräfte sammeln; 1928 wandelten sie ihre lockere Dachorganisation, die „Gewerkschaftskommission“ in den fester zusammengehaltenen „Bund der Freien Gewerkschaften“ um.
- F 13:** Die Arbeiterschaft kämpfte am 12. Februar 1934 für die Rettung der Demokratie, die durch das Eindringen des Heimwehrrfaschismus in die Regierung schon teilweise abgebaut war. Nach der Niederlage war die austrofaschistische Diktatur nicht mehr aufzuhalten: Die legalen Organisationen der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften wurden vernichtet, mit dem Inkrafttreten der faschistischen Verfassung am 1. Mai 1934 hörte die erste demokratische Republik Österreichs zu bestehen auf.

Name und Adresse:

Anmerkungen

Fragen zu Gewerkschaftskunde 2

Wir ersuchen, die folgenden Fragen zu beantworten:*

1. Welche Gesetze, die für die Gewerkschaftsbewegung in Österreich von besonderer Bedeutung waren, sind in den Jahren 1867, 1870, 1919 und 1920 geschaffen worden?
2. Welche drei grundlegend wichtigen Ereignisse für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung fanden in den Jahren zwischen 1888 und 1893 statt?
3. Wer war Ferdinand Hanusch? Beschreiben Sie kurz seinen Lebensweg und seine Bedeutung für die österreichische Geschichte.

Anmerkungen

4. Erklären Sie anhand der Statistik auf Seite 45, welcher Zusammenhang zwischen zunehmender Arbeitslosigkeit und gewerkschaftlicher Organisation besteht.

5. Welche Schlüsse ziehen Sie aus der dargelegten Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Österreich?

6. Nennen Sie die besonderen Höhepunkte und Tiefpunkte der Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung und versuchen Sie, daraus Aussagen für die Gegenwart und für Ihre eigene Tätigkeit abzuleiten.

* FernlehrgangsteilnehmerInnen bitten wir, nach Abschluss der Fragenbeantwortung die Seite(n) mit den Fragen abzutrennen und an folgende Adresse zu senden:

Fernlehrgang des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
1010 Wien, Hohenstaufengasse 10.